Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittag jedes Werktages. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch Boten frei Haus für die Woche v. 1.—7. Sept. 600000 Mk. freibleibend. Einzelverkaufspreis 100000 Mk.

Redaktion: Johannisstraße 46.

Fernruf {905 nur Redaktion. 926 nur Geschäftsstelle.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtgespaltene Petitzeile oder deren Raum 250000 Mark, auswärtige 300000 Mark, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 200000 Mk., für Reklamen 1000000 Mk.

Geschäftsstelle: Johannisstraße 46.

Fernruf {926 nur Geschäftsstelle 905 nur Redaktion.

Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 206. Dienstag, 4. September 1923. 30. Jahrgang.

Dr. Stresemann zur politischen Lage.

Stuttgart, 2. September.

Reichskanzler Dr. Stresemann traf heute hier ein und wurde auf dem Bahnhof vom Staatspräsidenten Dr. Hieber begrüßt. Am Vormittag empfing der Reichskanzler die Vertreter der württembergischen Presse. Hieran schloß sich eine Versammlung im Saale des Stegle-Hauses, zu der sich besonders die Vertreter von Handel und Industrie sowie Abordnungen aller württembergischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände in großer Zahl eingefunden hatten. Nach einer kurzen Begrüßungsansprache des Staatspräsidenten Dr. Hieber ergriff der Reichskanzler das Wort zu einer Rede über die **grundlegenden Fragen der äußeren und inneren Politik.** Jede auswärtige Politik des Deutschen Reiches, erklärte er, kann nur das Ziel haben, Deutschland die Souveränität und Wiederverfügung über die Gebiete an Rhein und Ruhr zu geben. Wir sind bereit, **auch die schwersten materiellen Lasten auf uns zu nehmen,** um zu diesem Ziele zu kommen. Wir sind bereit, **auf den Boden der Stellung produktiver Pfänder** zu treten. Wir haben Reichsbesitz und Privatbesitz zur Grundlage unserer faktischen Reparationsleistungen angeboten.

Der Gegensatz zwischen Forderung und Leistung wird aber nur überbrückt werden können durch eine wirtschaftliche Verbundenheit der Völker, die in dem Verhältnis ihrer Industrien aufeinander angewiesen sind.

Diese wirtschaftliche Verbundenheit ist vielleicht eine bessere Ueberbrückung politischer Gegensätze als politische Formulierungen. **Deutschland braucht ein Moratorium, um seine Reparationsverpflichtungen zunächst als Zinsverpflichtungen auf sich zu nehmen.** Die Kapitalisierung dieser Zinsenverpflichtungen ist nur auf dem Wege einer internationalen Anleihe möglich, für die die deutschen produktiven Pfänder haften. Deutschland wird in seinem heutigen Wirtschaftsverfall eine solche Anleihe kaum in nennenswertem Maße erreichen; erst wenn die Welt sich darüber klar sein wird, daß die Beendigung des Ruhrkonflikts gleichzeitig der Anfang einer neuen Friedensära ist, werden die Alliierten im Verein mit Deutschland die Frage einer Anleihe lösen können, die zur Befriedigung vielleicht erhältlich sein, zur Fortführung eines Zerstörungswerkes aber niemals zur Verfügung stehen wird. **Ein in seiner Souveränität wiederhergestelltes Deutschland im Besitz seiner wirtschaftlichen Hilfsquellen würde wohl in der Lage sein, die Garantie der Zinsverpflichtungen zu übernehmen, auf die sich alsdann eine Weltanleihe für den europäischen Frieden aufbauen könnte.**

Bei Besprechung der von Frankreich geforderten politischen Sicherheiten sagte der Reichskanzler: Daß Deutschland bereit ist, auf die Frage der Sicherheiten einzugehen, hat es bereits ausgesprochen. Wenn die am Rhein interessierten Staaten sich vereinigen wollen, um die Unversehrtheit des gegenwärtigen Gebietszustandes auf eine zu bestimmende Zeit sich gegenseitig zu sichern, so wird Deutschland jederzeit bereit sein, **einem solchen Bündnis beizutreten. Ein wirtschaftlich mit Frankreich verbundenes Deutschland wird für die Durchführung solcher Ideen die denkbar größte Friedenssicherheit bieten. Eine Zerstückelung Deutschlands oder der Versuch einer wirtschaftlichen oder verkehrstechnischen Beherrschung seiner Grenzmarken würde dem Geist eines solchen Abschlusses dauernd entgegenwirken. Will Frankreich keine Annexionen, so hat es die Möglichkeit, seine Auffassung in die Wirklichkeit umzusetzen.** Man will die Eröffnung offizieller Verhandlungen abhängig machen von der

Wiederherstellung der Arbeit im Ruhrgebiet.

Jeder ehrliche Mensch im Ruhrgebiet und am Rhein sehnt sich nach der Stunde, in der diese blühenden deutschen Lande der alten regen Tätigkeit wiedergegeben werden. **Diese Stunde wird gekommen sein, wenn wir die Sicherheit haben, daß auf der Grundlage der deutschen produktiven Pfandleistungen die Lösung des Konfliktes möglich ist, wie der Sinn unseres passiven Widerstandes war.** Er war niemals Uebermut oder Selbstzweck, sondern sollte dazu dienen, uns den Zustand der Freiheit des Ruhrgebiets wieder zu verbürgen. **Wir sind bereit zu schweren materiellen Opfern; aber wir sind nicht bereit, die Freiheit deutschen Bodens irgend jemandem preiszugeben.**

Den zweiten, innerpolitischen Teil seiner Rede begann Dr. Stresemann mit dem Hinweis auf den Zustand **höchster wirtschaftlicher Not Deutschlands,** aus dem er weder dem Inlande noch dem Auslande gegenüber ein Hehl machen wolle. **Der Rückgang der Ausfuhr zeuge deutlich, daß ein Deutschland ohne Rhein und Ruhr nicht lebensfähig oder zu irgendwelchen Reparationsleistungen imstande ist.** Der Reichskanzler kam dann auf die Wehrpflicht des Besitzes zu sprechen, die aber auch in gleicher Weise für die Arbeiter und Beamtenschaft gelte. Die verlangten Opfer seien in den heutigen anormalen Zeiten eine Notwendigkeit. Durch starke Eingriffe müßten die außerpolitischen und innerpolitischen Bedürfnisse des Staates gedeckt werden. **Der Friede könne nur erreicht werden, wenn die Wirtschaft das garantiere, was Deutschland an Stelle der produktiven Pfänder brauche.** Heute habe niemand das Recht, daß ihm der Staat den Zuwachs des Besitzes garantiere. **Was die Wehrpflicht der Arbeit** anlange, so brauche man, wo lediglich die Notwendigkeiten des Staates vorlägen, die Ueberarbeit für das Allgemeinwohl. Ueber den Eingriff des Staates in wohlerworbene Rechte der Beamtenschaft erklärte der Reichskanzler, die Staatsautorität müsse gewahrt werden, und die Regierung werde die Staatsautorität durchsetzen und sei nicht gesonnen, Schindluder mit sich treiben zu lassen. Die Gegenleistung des Staates für diese Wehrpflicht bestehe in der **Sicherheit und Ordnung im Innern.**

Ueber die Steuerfragen bemerkte der Reichskanzler, er kenne die Härten der letzthin beschlossenen Steuern wohl, die in eine Zeit der Wirtschaftskrise in der Industrie und starker Anspannung des Kredits in der Landwirtschaft fallen. Es sei Vorsorge getroffen, daß durch die bestehenden Staatsorganisationen **Kredite für Getreidelieferungen** gegeben werden. Gegenüber der Kritik an den Steuern müsse daran erinnert werden, daß die Steuern nicht einem Kabinett, sondern dem Reiche bewilligt werden. Bei manchen dieser Maßnahmen handle es sich **um Eingriffe in die Substanz. Aber was bleibe denn an der Substanz der Wirtschaft, wenn sich die Substanz des Staates nicht erhalten lasse?** Man möge sich auch fragen, wo die Substanz des geistigen Deutschlands geblieben ist. Auf keinen Fall gehe es an, daß **Aufrufe gegen Steuerzahlung** erlassen würden. **Wer in dieser Zeit eine Sabotierung der Steuer organisiere, gehöre hinter Schloß und Riegel. Die Steuern müßten aber so vereinfacht und übersichtlich gemacht werden und den Ländern und Kommunen gleichzeitig größere Selbständigkeit in der Steuererhebung gewährt werden.**

Bezüglich der Bekämpfung des **Verfalls der deutschen Währung** erklärte der Reichskanzler: Wir mußten längst ein **wertbeständiges Geld** schaffen, um aus Spekulation und Devisenhamsterei herauszukommen. Wir sollen die Goldmark wieder schaffen. Hoffentlich lernt man dann auch in Deutschland wieder den Goldpfennig ehren. Nach Schaffung der wertbeständigen Anleihe gibt es kein Recht mehr auf Devisenbesitz im deutschen Volke. Das Reich braucht die Devisen für die Lebensmitteleinfuhr, die Markstützung und die Fortführung des Ruhrkampfes.

Bezüglich der Erwerbslosenfürsorge wies der Reichskanzler darauf hin, jede unproduktive Erwerbslosenfürsorge müsse demoralisierend wirken. Der Staat müsse das Recht haben, den Unterstützungsbedürftigen Arbeit zuzuweisen, deren der Staat bedarf.

Hinsichtlich der Beschaffung von Hausbrand für den kommenden Winter regte der Reichskanzler an, Ueberstunden im Bergbau zu leisten und das Erzeugnis hieraus den Bedürftigen im Winter in Gestalt von Kohlen zu geben.

Schließlich betonte er die Wichtigkeit der sittlichen Kräfte, die für den Wiederaufbau maßgebend seien. Deutschland, das schweren Zeiten entgegengehe, müsse entweder das Volk der Arbeit sein oder untergehen.

Der Reichskanzler schloß mit den Worten: **Wir begrüßen alle Bestrebungen in Deutschland, die Aufklärung über die Entstehung des Weltkrieges verbreiten, und wir fordern die Arbeiter aller Nationen auf, darauf zu dringen, daß die Archive aller Nationen für die Forschung so geöffnet werden, wie Deutschland seine Archive im Bewußtsein seines guten Rechts und seines guten Gewissens geöffnet hat.**

Nach einem Schlußwort des Staatspräsidenten Dr. Hieber wurde die Versammlung geschlossen.

Ist Sparen wieder möglich?

Zeichne die Wertbeständige Anleihe des Deutschen Reiches.

Zeichnungen können bei der Reichsbank und bei den im Prospekt angegebenen Stellen sowie bei diesen durch Vermittlung sämtlicher Banken, Bankiers, Sparkassen und Kreditgenossenschaften bewirkt werden. (6110

Verschärfung der Devisenverordnung?

TU. Berlin, 4. September.

Wie der „Tag" aus gut unterrichteten Finanzkreisen erfahren haben will, beabsichtigt die Reichsregierung eine wesentliche Verschärfung der Devisennotverordnung. Man vermutet eine neue scharfe Erfassung der Devisen und eventuell auch der Valutaeffekten. Daß Währungsmaßnahmen größeren Stils, die als Voraussetzung zu solchen Verordnungen notwendig sind, ergriffen werden, steht zu erwarten.

Der Worte genug — jetzt Taten!

Die Reichsregierung hat bei der Uebernahme der Geschäfte ein Erbe angetreten, das in finanzieller Hinsicht von maßgebenden Wirtschaftskennern als die größte Schweinerei bezeichnet wird, die jemals auf der Welt vorgekommen sein soll. Das Sinnen und Trachten des neuen Kabinetts muß deshalb darauf gerichtet sein, diesem Zustand mit allen gegebenen Mitteln ein Ende zu machen, vor allem aber, soweit es möglich ist, dafür zu sorgen, daß die Schweinerei, die eigentlich vor dem Staatsgerichtshof ihre Charakteristik finden müßte, nicht noch größer wird. Dazu gehören in erster Linie eine Verständigung über die Beilegung des Ruhrkonfliktes und ferner innerpolitische Maßnahmen radikaler Art. Der Reichskanzler ist sich dessen voll bewußt und er hat hierfür in seiner Stuttgarter Sonntagsrede einen Beweis geliefert, der der besonderen Anerkennung wert ist. Vor allem — und das rechnen wir dem volksparteilichen Kanzler hoch an — kapitulierte er trotz der Drohungen der äußersten Rechten und der äußersten Linken nicht vor der Straße wie es unter dem vergangenen Kabinett gang und gäbe war. Er ging konsequent den bisher beschrittenen Weg und machte einen weiteren Schritt, der der Welt erneut den Verständigungswillen Deutschlands zeigt, und die Bereitschaft der Reichsregierung zum Ausdruck brachte, eine außenpolitische Aktivität durch Ruhe und Ordnung im Innern zu unterstützen und die zu diesem Zwecke notwendigen Maßnahmen zu ergreifen!

Wenn Stresemann den Gedanken der wirtschaftlichen Verständigung, der ihm vorschwebt, nicht noch eingehender präzisierte, als er es getan hat, dann geschah das aus guten Gründen. Die Regierung hat die ersten Schritte zu einer außenpolitischen Aktivität gewagt und sie muß diese Arbeit vor allem erst in Paris wirken lassen, bevor in der Oeffentlichkeit über bestimmte Fragen, die zwischen vier Wänden zur Diskussion standen, weitere Erörterungen angestellt werden. Dennoch ist der Rahmen der von dem Kabinett erstrebten Verständigung, soweit als möglich, erneut klar umrissen worden. Deutschland will produktive Pfänder im ganzen Reich zur Verfügung stellen, deren Ertragswert den von Frankreich ausschließlich an der Ruhr geforderten Pfändern entspricht. Es will mit den gesamten deutschen Eisenbahnen, der ganzen deutschen Wirtschaft für die an die Entente zu leistenden Zahlungen haften und erklärt sich außerdem bereit, auch politische Sicherheiten zu geben, die den Bestand Frankreichs ein für allemal sicherstellen sollen. Fast alles, was wir an Pfändern zu vergeben haben, wird so der französischen Regierung geboten! Mehr kann eine deutsche Regierung wahrhaftig nicht zur Verfügung stellen, als von Stresemann in seiner am Sonntag in Stuttgart gehaltenen Rede klar formuliert zum Angebot gemacht wurde! An eine Voraussetzung aber sind unsere Zugeständnisse geknüpft. Diese Voraussetzung, die ein Moratorium betrifft, ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit und wird als solche bereits von vielen Finanzsachverständigen der Welt betrachtet und selbst von französischen Wirtschaftspolitikern als durchaus notwendig anerkannt. Deutschland bedarf eines Moratoriums, das uns in den Stand versetzt, eine internationale Anleihe aufzunehmen, die vor allem auch dazu benutzt werden soll, die finanziellen Bedürfnisse Frankreichs zum Teil sofort zu befriedigen.

Nur soweit als notwendig soll die Hilfe des Auslandes in Anspruch genommen werden. Jede Gelegenheit zur Sanierung unserer Finanzen von innen heraus muß deshalb ergriffen werden. Der Reichskanzler hat mit erfreulicher Deutlichkeit keinen Zweifel darüber gelassen, daß hierzu jeder notwendige Schritt getan werden soll. Mit gutem Recht verwies er vor allem darauf, daß diejenigen, die dem Staat die finanzielle Hilfe versagen, hinter Schloß und Riegel gehören. Wir wollen hoffen, daß dieser Auffassung des Kanzlers bald die Taten folgen und die jetzt in Vorbereitung befindlichen Maßnahmen auch mit der genügenden Schärfe durchgeführt werden. Man muß sich innerhalb der Regierung darüber klar sein, daß das Vertrauen zur Mark bis in weite Kreise der Arbeiterschaft hinein restlos geschwunden ist und infolgedessen auch die Arbeiter ein wertbeständiges Zahlungsmittel fordern. Die Stockungen bei der Ablieferung der Lebensmittel und die geminderte Arbeitsleistung sind schließlich Erscheinungen, die durch dieses Mißtrauen zur Mark mit hervorgerufen werden und die sich katastrophal auswirken können, wenn dem Mißtrauen in die Mark als Zahlungsmittel nicht durch Maßnahmen entgegengewirkt wird, die vor allen Dingen auch einen Anreiz zur tatsächlichen Arbeitsleistung bieten. Darüber sollte man sich keiner Täuschung hingeben: die Arbeiterschaft hat sich noch niemals den Pflichten gegenüber dem Staat entzogen, wenn die Not des Vaterlandes gerufen hat und sie ist schließlich auch zu der vom Reichskanzler geforderten Ueberarbeit bereit, wenn dazu die Notwendigkeit besteht. Aber solange heute noch Tausende und Abertausende sich in unproduktiver Arbeit wohl fühlen, solange der Besitz nicht zu den Opfern herangezogen worden ist, die notwendig sind und alles Sparen gleichbedeutend ist mit Selbstschädigung, kann der Staat auch von der Arbeiterschaft, auf deren Kosten Deutschland die Nachkriegsmonate überstanden hat, keine neuen Opfer verlangen. Insbesondere die Bergarbeiterschaft hat erst im Verlauf des letzten Jahres durch Ueberschichten viel Verständnis für die Notlage des Landes gezeigt. Aber es ist Tatsache, daß unsere Bergarbeiterführer gegenwärtig nicht gern von den unvermeidlichen Ueberschichten im Kohlenbergbau sprechen, weil sie erst den Erfolg der Regierung in der Heranziehung des Besitzes abwarten wollen. Ohne sichtbare Opfer des Besitzes, und dazu gehört die Erfassung der Sachwerte, die Stresemann ebenfalls als notwendig anerkennt, ist die Ueberstundenfrage keineswegs zu lösen.

Von vornherein muß man sich in den verantwortlichen Kreisen klar darüber sein, daß alle währungspolitischen und produktionstechnischen Maßnahmen auf die Dauer nur einen Sinn haben, wenn es uns gelingt, den Ruhrkampf in erträglicher Weise zu einem Abschluß zu bringen. Wir sind die Letzten, die der im Kampf stehenden Ruhrbevölkerung irgend etwas vorenthalten wollen und denen man schließlich den Vorwurf der Aufforderung zur Kapitulation machen könnte. Aber es bleibt Tatsache, daß heute im Ruhrgebiet Mittel verschwendet werden, die besser an anderer Stelle Verwendung finden würden. Hier einen Abbau vorzunehmen und die Mittel nur auf das Notwendigste zu be-

schränken, muß sich die Reichsregierung von jetzt ab zur Pflicht machen. Sie baut damit die Ruhrfront nicht ab, aber sie setzt der sich breitmachenden Demoralisation eine gewisse Grenze. Diese Grenze muß in Anbetracht dessen, daß bald geordnete Verhältnisse wiederkehren sollen, bereits jetzt gezogen werden, desto leichter sind die Uebergansmonate zu überstehen. Sparen, wo die Möglichkeit besteht, den Besitz zu Opfern verpflichten und außenpolitische Aktivität entfalten, sind die Taten, die die deutsche Arbeiterschaft nunmehr von der Regierung erwartet! Der Worte sind jetzt genügend gewechselt.

Italien und der Völkerbund.

Außenminister **Curzon** ist vom Urlaub in London eingetroffen — ein Beweis dafür, daß England den italienisch-griechischen Konflikt sehr ernst beurteilt. Eine Reuter-Meldung dazu sagt, daß Curzon sich über die griechisch-italienische Krise nicht äußern wolle, bevor er Gelegenheit gehabt habe, alle Akten durchzusehen. Der Völkerbund habe die Frage in die Hand genommen, und dies scheine der unvermeidliche und präliminare Schritt zu sein. Jedermanns Anstrengungen müßten daher dahin gehen, die **Macht des Völkerbundes zu unterstützen.** Aber der Völkerbund hat ja nur beschlossen, die Behandlung dieser Angelegenheit zu vertagen, wobei er die streitenden Parteien ermahnt hat, Feindseligkeiten zu unterlassen. Es besteht Grund zu der Annahme, daß die Vertagung deshalb ausgesprochen wurde, weil Italien erklärt hat, sich einer ihm nicht zusagenden Entscheidung des Völkerbundes nicht zu fügen.

Reuter aus Athen: Der italienischen Gesandte in Athen benachrichtigte die griechische Regierung, daß **Italien es ablehne**, eine Entscheidung des Völkerbundes in dem italienisch-griechischen Konflikt anzuerkennen.

Pariser „Chicago Tribüne" meldet aus Rom: Der Grund Italiens für die Ablehnung einer Entscheidung durch den Völkerbund ist in erster Linie der, daß Italien nicht die Absicht hat, Griechenland den Krieg zu erklären und weiter, daß der Völkerbund für einen Eingriff in die Angelegenheit nicht zuständig ist, da die gegenwärtige griechische Regierung von den Mächten des Völkerbundes nicht anerkannt worden sei.

Der Beschluß des Völkerbundrats.

Nach der zweistündigen geheimen Beratung des Völkerbundrates über den griechischen Appell, die nur der Vorprüfung der Frage galt, wurde die Sitzung auf Salandras Antrag, der noch keine Instruktionen erhalten hatte, vertagt. — Nach einem allgemeinen Meinungsaustausch nahm der Rat in Erwartung weiterer Informationen einstimmig folgenden Beschluß an: Indem der Völkerbundrat in eine kurze Vertagung der Prüfung der Frage einwilligt, spricht er die feste Hoffnung aus, daß die beiden interessierten Staaten bis dahin keinerlei Akte begehen werden, die die Lage verschärfen könnten.

Arbeit für Frankreich.

Gelsenkirchen, 3. September.

Auf den Zechen des Mülheimer Bergwerksvereins sind die Belegschaften unter dem Einfluß der Syndikalisten und Unionisten mit den Franzosen in Verhandlungen eingetreten. Eine Abstimmung, an der sich auch jugendliche Arbeiter unter 14 Jahren beteiligten, hat eine Mehrheit dafür ergeben, **zukünftig für die Franzosen zu arbeiten.** Der Beschluß ist unter dem Druck der Syndikalisten und Unionisten zustande gekommen. Die Bedingungen, die von den Franzosen gestellt und durch die Abstimmung anerkannt wurden, sind: Die **tägliche Arbeitszeit** für Arbeiter unter Tage beträgt **acht Stunden**, für Arbeiter über Tage **zehn Stunden**. Ferner soll eine Lohnerhöhung von 20 Prozent bewilligt werden.

*

Paris, 3. September. (WTB.)

Nach einer Havasmeldung aus Düsseldorf hat vorgestern in Düren eine Versammlung der rheinischen Separatisten stattgefunden, an der ungefähr 800 Personen teilnahmen. Dr. Dorten und Dr. Cremer hätten trotz der Unterbrechungen einiger Gegner Reden gehalten. Das Stadttheater, in dem die Versammlung stattfand, und die umliegenden Straßen seien von marokkanischen Truppen besetzt worden. Es seien einige Schüsse abgefeuert worden, um einige Gegenmanifestanten zu erschrecken, die sich jedoch schnell zerstreut hätten.

Nur unter dem Schutze farbiger französischer Truppen wagen es also die Separatisten, ihr auf Loslösung des Rheinlandes vom Reich gerichteten Bestrebungen fortzusetzen.

Der Faschistentag in Nürnberg.

Ein Arbeiter von einem Hakenkreuzler erschossen.

Nürnberg, 3. September. (Eig. Drahtber.)

Der unter dem Protektorat der vaterländischen Verbände, also der Nebenregierung in Bayern, abgehaltene „Deutsche Tag" in Nürnberg hat einen blutigen Abschluß gefunden. Im Laufe des Sonntagsabend kam es in der Arbeitervorstadt Steinbühl zu Zusammenstößen, in deren Verlauf der Studienprofessor an der Nürnberger Fortbildungsschule, Braun, von der Schußwaffe Gebrauch machte. Der Genosse Krämer, ein Mann von 58 Jahren, Vater von fünf Kindern, wurde ein Opfer dieser Schießereien. Ein anderer Genosse namens Oberle liegt schwerverletzt im Krankenhaus. Es verlautet, daß Braun in Schutzhaft genommen sein soll. Die an anderen Teilen Nürnbergs erfolgten Schießereien von Angehörigen der vaterländischen Verbände forderten keine Opfer. Die Polizei verhielt sich völlig passiv. Die Beteiligung am „Deutschen Tag" entsprach nicht im geringsten den Erwartungen der Veranstalter. Selbst nach Schätzungen der bürgerlichen Blätter haben sich im Höchstfall 150 000 Teilnehmer von auswärts eingefunden. Auch diese Zahl ist viel zu hoch geschätzt. Es dürfte sich bei der ganzen Veranstaltung höchstens um 75 000 Beteiligte gehandelt haben.

Der Kappist Schnitzler verhaftet.

München, 3. September.

Dr. Schnitzler, die Seele und intellektuelle Leitung des Kapp-Putsches ist in einer Pension in der Nähe des Münchener Hauptbahnhofes verhaftet worden. — Dr. Karl Schnitzler war einer der Hauptinspiratoren des Kornburger Kreises, der die Gegenrevolution propagierte. Von den Männern, die vor Gericht ihre Beteiligung am Kapp-Putsch zu verantworten hatten, stand ihm vor allem Schiele, der merkwürdige Querkopf mit der Manie der Paragraphenfabrikation, nahe; doch Kapp selbst rief, als er sich kaum in der usurpierten Reichskanzlei installiert hatte, aus: „Wo ist Schnitzler? Ohne Schnitzler kann ich nicht regieren." Schnitzler hat die Ordnungsliebe so weit getrieben, alles aufzuzeichnen, was in seiner Umgebung getrieben wurde. Vier Notizen verfielen der Beschlagnahme und boten dann das Hauptmaterial für die gerichtliche Verfolgung der Kappisten.

Der neue Lohn.

Richtlinien der Spitzenverbände.

Die Vorstände der Spitzenorganisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer haben jetzt die seit einigen Wochen geführten Verhandlungen über die Lohnfrage abgeschlossen und den Entwurf der Richtlinien zum Lohnproblem, der infolge einer Indiskretion bereits in der Presse veröffentlicht worden war, nunmehr in folgender **endgültiger** Fassung genehmigt:

1.

Um sich ein einwandfreies Urteil über die Erhaltung der Kaufkraft des Lohnes und über die richtige Lohnhöhe zu bilden, ist es nötig, die jeweiligen Lohnbeträge in Grundlohn und Multiplikator zu zerlegen. Der jeweilige Tariflohn ist also gleich Grundlohn mal Multiplikator und ist bei Arbeitern wöchentlich, bei Angestellten wöchentlich oder dekadenweise zu berechnen.

2.

Für einen Zeitraum von vier bis acht Wochen legen die Tarifvertragsparteien den mit dem Multiplikator zu erhöhenden Grundlohn unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Notwendigkeiten beider Seiten fest. Dieser Grundlohn bleibt somit für die betreffende Tarifperiode konstant. In ihm drückt sich die jeweilige Wirtschaftslage und Konjunktur der betreffenden Wirtschaftsgruppe aus.

3.

Als Multiplikator soll eine aus der statistischen Erfassung der Lebenshaltungskosten (Kleinhandelspreise) gefundene Meßzahl verwendet werden, da lediglich die im Kleinhandel zu zahlenden Preise für Lebensmittel und Bedarfsgegenstände bestimmend für den Zahlungsmittelbedarf des Arbeitnehmers sind. Der Dollarkurs oder die Großhandelsmeßzahl sind hierfür ungeeignet.

Die Wahl der Meßzahl ist den Tarifvertragsparteien überlassen. Bei Reichstarifverträgen oder bei Tarifverträgen für größere Gebiete wird man die Reichsinderzahl des Statistischen Reichsamts oder ihre Steigerung zweckmäßigerweise verwenden, wobei die Berücksichtigung der örtlichen oder bezirklichen Verschiedenheiten (Ortsklassen) bei der Bemessung des Grundlohnes erfolgen kann.

Bei örtlichen oder bezirklichen Tarifverträgen empfiehlt sich die Anwendung entweder der vom Statistischen Reichsamt errechneten Inderzahl für den Ort bezw. den Bezirk oder einer nach ähnlichen Grundsätzen wie denen des Statistischen Reichsamts aufgebauten Meßzahl der Tarifvertragsparteien oder anderer Stellen von beiderseitig anerkannter Autorität. Es ist dabei von Bedeutung, daß für die verschiedenen Berufsgruppen eines einheitlichen Wirtschaftsgebietes möglichst eine einheitliche Meßzahl Anwendung findet.

4.

Bei der Festsetzung der jeweiligen Lohn- oder Gehaltshöhe hat man zu unterscheiden:

a) die Lohnwoche, d. h. die Woche, für die der Lohn verdient wird;
b) den Festsetzungstag der Meßzahl und den Festsetzungstag des Lohnes. Letzterer wird zweckmäßigerweise möglichst mit dem ersteren zusammengelegt;
c) der Auszahlungstag;
d) die Verbrauchswoche.

5.

Grundsätzlich muß für die Bemessung der Lohnhöhe der Geldwert der Verbrauchswoche maßgebend sein; man wird jedoch in Zeiten nur geringer Schwankungen des Geldwertes, ohne allzugroße Fehler zu begehen, den Feststellungstag der Meßzahl für die Lohnhöhe maßgebend sein lassen können. In Zeiten starker Geldentwertung muß jedoch dieser Fehler ein nicht erträgliches Absinken des Reallohnes zur Folge haben, sodaß man gezwungen ist, bei der Lohnfestsetzung außer der Meßzahl des Feststellungstages auch noch die zu erwartenden Steigerungen der Meßzahl der Verbrauchswoche voraus zu schätzen. Einen gewissen Anhalt für diese Vorausschätzung kann die Bewegung des Dollarkurses und der Großhandelspreise geben.

6.

Ob diese Schätzung richtig gewesen ist, wird man erst beurteilen können, wenn die Meßzahl für die Verbrauchswoche vorliegt. Ergibt sich alsdann, daß ein Zuwenig oder ein Zuviel an Lohn oder Gehalt bezahlt worden ist, so hat eine Korrektur in der Weise stattzufinden, daß dieser Differenzbetrag bei der nächsten wöchentlichen oder in Dekaden erfolgenden Lohn- oder Gehaltsberechnung hinzugefügt bezw. abgesetzt wird. Zur Vereinfachung der Lohn- und Gehaltsrechnungen wird dieser Differenzbetrag mit der neu ermittelten bezw. abgeschätzten Lohn- und Gehaltssumme zu einem einzigen Betrage vereinigt.

Um nicht durch übermäßige Belastung der Lohnbureaus neue unproduktive Arbeit zu veranlassen, ist grundsätzlich daran festzuhalten, daß Wochen- oder Dekadenzahlung der richtige Weg ist, und das in Zeiten starker Geldentwertung durch die oben dargelegte Vorausschätzung ein Gegengewicht gegen die Geldentwertung gegeben ist. Deshalb sind mehrmalige Zahlungen in der Woche nur in ganz besonderen Ausnahmefällen, wie sie z. B. in den ersten Wochen des August 1913 eintraten, vorzunehmen.

*

Die vorstehenden Richtlinien sollen zunächst für die Uebergangszeit bis zur Schaffung eines auch für die Lohnzahlung in Frage kommenden **wertbeständigen Zahlungsmittels** dienen.

Die Spitzenverbände sind sich darüber klar, daß das Lohnproblem nur in Verbindung mit dem Währungs- und dem Produktionsproblem **endgültig** gelöst werden kann. Deshalb haben sie einen lohnpolitischen Ausschuß gebildet, der die Aufgabe hat, das Lohnproblem weiterhin zu erörtern. Der Ausschuß soll noch in der kommenden Woche zusammentreten.

Die Erdbebenkatastrophe in Japan.

Tokio und Yokohama teilweise zerstört. — Viele tausend Tote.

Die Erdbebenkatastrophe, die Japan heimgesucht hat, stellt sich als die größte der, die über das Inselreich im fernen Osten hereingebrochen ist. Japan ist nach den neuesten Meldungen von allen Verbindungen mit der übrigen Welt abgeschnitten. Die einzigen Nachrichten kommen über China. Nachstehend eine Zusammenstellung aus den Telegrammen, die uns über die Katastrophe zugehen.

Nach einer Havasmeldung aus Shanghai kamen bei der Erdbebenkatastrophe in **Tokio** und **Yokohama** **100 000 Menschen ums Leben.** Das Arsenal von Tokio ging in die Luft, wobei mehrere Tausend umkamen. Die Stadt **Atami** wurde **zerstört**, wodurch 7000 Menschen getötet wurden. Die Stadt **Ito** wurde durch eine Springflut hinweggerafft ,wobei 600 Personen den Tod fanden. Einer Reutermeldung aus Osaka zufolge ist in **ganz Japan das Kriegsrecht proklamiert worden.** Nach einer drahtlosen Meldung des Dampfers „Korea Maru" sind **200 000 Menschen in Yokohama obdachlos** und ohne Nahrung. — Reuter meldet, daß man des Feuers in Tokio Herr geworden sei. Das gesamte Stadtviertel der Arbeiter sei eingeäschert.

Ein Hilferuf.

Nach einem Telegramm aus Osaka hat der Gouverneur von Yokohama seinen Kollegen von Osaka und Kobe folgendes Funkentelegramm gesandt: „Meine Stadt ist durch **Feuer** und ein **Erdbeben zerstört.** Die Verluste an Menschenleben werden auf zehntausend geschätzt. Alle Verkehrsmittel sind gestört. Wir haben kein Wasser und keine Lebensmittel. Schickt uns sofort Lebensmittel!". In Osaka ist das Kriegsrecht verkündet worden. Nach einem weiteren Funkentelegramm aus Südjapan sind die **Städte** und **Dörfer** zwischen Tokio und Osake so gut wie **zerstört.** An zahlreichen Stellen stehen die Trümmer in Flammen. In **Tokio** sind von 15 Stadtvierteln **10 zerstört.** Die Leichen häufen sich in den Straßen. Die Zahl der Opfer ist zurzeit noch nicht abzuschätzen.

Die Stadt **Ramacu**, etwa 130 Kilometer südwestlich von Tokio, die 13 000 Einwohner zählt und eine der kaiserlichen Sommerresidenzen war, ist **vollständig zerstört** worden. Ueber die europäischen Kolonisten in Japan ist man ohne jegliche Nachricht. Es wird angenommen, daß sich eine große Anzahl von ihnen augenblicklich in der Sommerfrische in den Bergen von Karuicawa etwa 50 Kilometer von dem Erdbebenzentrum entfernt, aufhält.

Nach einer Meldung aus Shanghai hat der englische Kreuzer „Despatch" Befehl erhalten, sich nach Kap Yokohama zu begeben, um den Opfern der Erdbebenkatastrophe Hilfe zu bringen. Aus Neuyork wird mitgeteilt, daß Präsident Coolidge eine Beileidsbezeugung an den Mikado gesandt hat und ihm im Namen der Vereinigten Staaten Hilfe angeboten hat. Er teilte gleichzeitig mit, daß einige Schiffseinheiten, die sich augenblicklich im Hafen von Port Said befinden, Befehl erhalten haben, sich sofort nach Yokohama zu begeben.

Der Bericht eines Geretteten.

Das furchtbare Erdbeben, von welchem Japan heimgesucht wurde, hat alle Verbindungen mit der übrigen Welt abgeschnitten. Ein Flüchtling aus Tokio, der in Tomioka eintraf, berichtet, daß die Zahl der Toten und Verwundeten in die Hunderttausende ginge. Bereits bei dem ersten Erdstoß brachen in Tokio an zahlreichen Punkten der Stadt Brände aus. Unter den großen Gebäuden, die abgebrannt sind, nennt man eins der größten Warenhäuser, das kaiserliche Theater und Arsenal und das Klubhaus der Senatoren. Die Feuersbrunst mußte nach dem Bericht dieses Augenzeugen rasend fortgeschritten sein, da sämtliche Wasserleitungen unterbrochen waren. In einem Umkreis von 10 Kilometern sah man nur ein einziges ungeheures Flammenmeer, das sich immer mehr ausbreitete und nach und nach die Vorstädte von Tokio zerstörte. Gleichzeitig ging ein ungeheurer Wolkenbruch nieder, der jedoch der Feuersbrunst keinen Einhalt gebot. In der Gegend von Fuijama waren die Erdstöße am heftigsten. Eine Anzahl von Sommerfrischen und Erholungsorten im Gebirge sind heimgesucht worden. In Atami sollen 6000 Personen umgekommen sein und ebenso viele in Gotemba.

Nach einem Radiotelegramm aus San Franzisko ist **Yokohama** fast vollständig zerstört worden. Das Beben dauerte ungefähr 6 Minuten. Alle in Tokio auslaufenden Eisenbahnschienen sind in einem Umfange von 100 Meilen um die Stadt aufgerissen. In Yokohama ist das Geschäftsviertel vom Erdboden hinweggefegt worden. Auf der Halbinsel Idzu wurde die Stadt Itu von der Springflut davongetragen. Der Einsturz des Eisenbahntunnels von Sasako, der der größte Japans ist, hat den Tod von 600 Personen zur Folge gehabt.

Nach den bisher vorliegenden Meldungen ist ersichtlich, daß Japan auf einer Strecke von **350 Kilometern**, d. h. in der Hauptsache zwischen **Tokio** und **Osaka**, durch das Erdbeben heimgesucht wurde. Gerade die reichsten und bevölkertsten Gebiete sind davon betroffen worden. Die Zerstörung wurde meistens nicht durch das Erdbeben, sondern durch die Feuersbrünste verursacht, die fast überall ausgebrochen sind. Im Umkreis des Heiligen Berges, Hushian, sind alle Dörfer zerstört. Auch dort sind mehrere tausend Menschen umgekommen. — Nach einem Funkspruch aus Tokio sind **alle Zeitungsgebäude**, mit Ausnahme des der „Nishi-Nishi", **zerstört** worden. Außerdem das Polizeihauptquartier, das kaiserliche Theater, das Arsenal und zwei der größten Bahnhöfe der Stadt. Bei dem Einsturz des Turmes Asakusa wurden 700 Personen erschlagen. Die meisten Brücken sind zerstört, wodurch den Bewohnern die Flucht unmöglich wurde.

Das Erdbebenzentrum scheint nach den vorliegenden Meldungen im Gebiet des **Fusiijama** zu liegen, des bekanntlich größten Berges in Japan, dem als einem Sitz der Gottheit seit altersher größte Verehrung entgegengebracht wird. Der Berg ist ein vulkanischer Kegel auf der Insel Nippon, etwa 30 Kilometer von der Südostküste im Westen von Yokohama. Er ist 3745 Meter hoch und gilt seit 1707, wo sein letzter Ausbruch erfolgte, als erloschen.

*

Wie das „Echo de Paris" mitteilt, hat der Seismograph von Paris in der vergangenen Nacht einen zweiten fast ebenso starken Erdstoß verzeichnet wie denjenigen, durch den Yokohama zerstört wurde.

Neueste Meldung: 200 000 Tote.

TU. **London**, 3. September.

Zur Erdbebenkatastrophe in Japan wird weiter gemeldet: Eine Reihe von Vulkanen ist in lebhafter Tätigkeit. Gestern um 1 Uhr erfolgten in Yokohama mehrere weitere Erdstöße. Ein Dutzend Städte sind, wie berichtet wird, teilweise oder fast vollkommen vom Erdboden verschwunden oder durch Feuersbrünste zerstört. Die letzte Verlustschätzung gab die Zahl der **Toten** in **Tokio** und **Yokohama** auf 200 000 an. Tokio brennt immer noch. Der hier angerichtete Schaden ist kaum zu übersehen. Die Obdachlosen in Tokio und anderen Städten sind ohne Nahrungsmittel. An der Küste wurden durch die das Erdbeben begleitenden Sturmfluten große Zerstörungen angerichtet. Städte wurden weggeschwemmt und Inseln überflutet. Die heilige Insel **Enoshima** ist versunken. Alle Leuchttürme in der Bucht von Tokio sind unbrauchbar geworden. Infolgedessen ist auch die Schiffahrt sehr gefährdet.

Moskauer Kardinäle.

„Die Situation ist ernst, wahrscheinlich so wie 1921."

Vom Osten weht ein scharfer Wind. Grischa Sinowjews Fanfarentöne sind nur äußere Betätigung für das, was hinter den Kulissen der KPD. vor sich geht. Mag auch Radek sich durch seinen scheinbar zur Vorsicht mahnenden Artikel ein Alibi zu verschaffen suchen, so kann doch der Kundige genug Anzeichen erkennen, die die fieberhafte Arbeit der „grauen Kardinäle" in Deutschland anzeigen. Es soll und muß zur „Aktion" kommen. Bald mit den Faschisten, bald gegen sie. Jede Gelegenheit wird benutzt, um das Feuer zu schüren. Manchmal scheint die Einpeitscherarbeit selbst führenden Kommunisten zu starker Tabak zu sein. Das ergibt sich sehr deutlich aus Aufzeichnungen in einem Protokoll über eine kombinierte Sitzung der Bezirks- und Ortsleitung der Kommunistischen Partei in Bremen vom 12. Juli d. J. Danach äußert sich ein Mitglied der Bezirksleitung (das auch der Bremer Bürgerschaft angehört) über den am 13. Juli veröffentlichten Aufruf der kommunistischen Zentrale in folgender Weise:

Als dieser Aufruf von der Zentrale ankam hatten wir alle drei einmütig Bedenken gegen diese Art Kundgebungen. Es ist nicht das erstemal, daß die Zentrale in einem derartigen Ton Politik zu machen versucht. **Es ist genau so wie im Jahre 1921, genau dieselbe Tendenz. Offen und deutlich spricht daraus die direkte Aufforderung zur Einzelbewaffnung der Arbeiter,** um gegen die Faschisten zu gehen. Es wird einfach behauptet, daß ein Losschlagen am 14. Juli geplant sei, ohne auch nur ein Dokument dafür bekannt zu geben. Es sind keinerlei Unterlagen für die als Tatsache hingestellten Faschistenbewegungen vorhanden.

Ein andere Redner unterstrich diese Ausführungen durch folgende Bemerkungen:

Dies ist nicht mehr und nicht weniger als eine wirkliche und **bewußte Provokation.** . . . Die Situation ist ernst, wahrscheinlich so wie 1921. Unmittelbar vor der Märzaktion kam **ein Beauftragter der Exekutive aus Moskau,** der die Partei auf die Märzaktion einstellte. Ich glaube, daß das jetzt gleichfalls zu verzeichnen ist, wo die deutsche Delegation von der Sitzung der erweiterten Exekutive mit denjenigen Parolen zurückgekehrt ist, um der Partei einen vollständigen Dreh zu geben.

Der Hinweis auf die Situation im Frühjahr 1921 wurde noch von einem weiteren Redner gemacht mit der Betonung, daß die Situation jetzt genau so sei wie vor der Märzaktion.

Die Zentrale stehe mehr unter dem Einfluß der Exekutive (Moskau), als unter dem der Massen.

Von diesem Redner wurde die Wirkung des Aufrufs auf die übrige Arbeiterschaft sehr skeptisch beurteilt. Er sagte:

In dem Kampf gegen den Faschismus müssen wir alles mobil machen. Auf Grund dieses Aufrufs aber hat die SPD. im besten Falle die Handhabe, uns derartig verächtlich und lächerlich zu machen, daß wir einen schweren Stand haben.

Von dieser Auffassung bestimmt, hatte die Redaktion des „Nordwestdeutschen Echo" sich erlaubt, an dem Aufruf der kommunistischen Zentrale einige Aenderungen vorzunehmen. Das Bureau der Zentrale der Kommunistischen Partei in Berlin hat dafür das genannte Blatt in nicht gerade sanfter Weise gerüffelt, indem es den Redakteuren folgenden Ukas übersandte:

Ihr habt aus dem Euch telephonisch übermittelten Auszug des Aufrufes an die Partei einige taktisch wichtige Stellen weggelassen. Nach Ihrem gestrigen Anruf kann darin nur eine bewußte Sabotage erblickt werden. **Wir fordern Euch dringend auf, den gesamten Aufruf, ohne auch nur ein Wort wegzulassen, zu veröffentlichen und in Zukunft alle Aufträge der Zentrale bis zum i-Punkt zu erfüllen.**

Solche Stellen beweisen, was leider viele Arbeiter immer wieder nicht recht glauben wollen, die vollständige Abhängigkeit der Kommunistischen Partei und ihrer Zentrale von Moskau und in den einzelnen Bezirken von der Parteileitung. Alles was nach außen hin als Betriebsräteorganisation, Parteilose, Kontrollausschüsse usw. „aufgezogen" wird, ist restlos in der Hand jener verbrecherischen Drahtzieher, deren Aufgabe es ist, russische Aufträge durchzuführen. Auch die Bremer werden nicht lange wider den Stachel gelökt haben, schon weil das Gold sie viel zu fest bindet. Deutsche Arbeiter können daraus jedenfalls lernen, was für die kommunistischen Bonzen der „Kampf gegen den Faschismus" bedeutet, nichts anderes mehr als die bequeme und billige Redensart, mit der man die Arbeiterschaft in Konflikte zu stürzen versucht, an deren Entwicklung man ein Parteiinteresse hat.

Für jeden Besonnenen ergibt sich daraus, daß er gegenüber den kommunistischen Provokationsmethoden die kühlste Reserve bewahren muß. Das Verbot von Versammlungen und Aufzügen unter freiem Himmel gilt nach rechts ebenso wie nach links. Von den Behörden ist zu erwarten, daß die das Verbot auch nach rechts nachdrücklich zur Geltung bringen. Die Arbeiter aber werden sich nicht auf Prügeleien einlassen, die nur die vorgeschobene Kulisse für die bolschewistisch-faschistische Verbrüderung sind.

Wie die Reichswehr siebt.

Ortsgeistlicher, Kriegerverein und Landbund als Vertrauensleute.

Ein junger Mann aus der Provinz Brandenburg, der sich zum Eintritt in die Reichswehr beim Infanterie-Regiment Nr. 8 in Frankfurt a. O. meldete, erhielt von dem Kompagniechef den folgenden Schreibebrief:

Frankfurt a. d. O., den 16. August 1923.

Infanterieregiment Nr. 8, 2. Komp.
(Prinz Karl v. Preußen).
Tgb. Nr. . . . . /23.

Herrn . . . . .

Zum Einstellungsgesuch vom 10. d. M.

Sie werden ersucht, zwei bis drei Vertrauenspersonen namhaft zu machen, die über Ihre Verhältnisse Auskunft geben können. Als solche kommen in Frage der **Vorsitzende des Kriegervereins, der Geistliche, der Vorsitzende des Landbundes usw.**

Gleichzeitig sind folgende Papiere einzusenden:

a) Geburtsurkunde;

b) polizeiliches Führungszeugnis mit Lichtbild nach beiliegendem Muster;

c) polizeilich beglaubigte Einwilligungserklärung des gesetzlichen Vertreters für eine 12jährige Dienstverpflichtung;

d) Führungszeugnisse der Arbeitgeber während der letzten zwei Jahre;

e) schriftliche Erklärung von Ihnen, daß Sie noch nicht gesetzlich bestraft sind.

Außerdem muß Ihr Größenmaß mindestens 1,65 Meter betragen. Falls Ihre Papiere in Ordnung sind und sonst nichts Nachteiliges über Sie bekannt wird, können Sie mit einer Einstellung zum 1. Oktober d. J. rechnen.

Ausschlaggebend ist für die Einstellung selbstverständlich die ärztliche Untersuchung, die in hiesiger Garnison stattfindet. Der Tag derselben wird Ihnen noch mitgeteilt.

Eine vorherige Vorstellung bei der Kompagnie ist nicht nötig.

1 Anlage.

gez. Scheidler, Hauptmann und Kompagniechef.

Die Reichswehr ist bekanntlich die — allerdings stark zusammengedrängte Heeresmacht der deutschen Republik! Sie ist auf Freiwillige angewiesen, die sich ihr für zwölf lange Jahre verschreiben. Die Dienstpflicht ist beseitigt. Deshalb sollte die Reichswehr nur aus überzeugten Republikanern bestehen, die innerhalb und außerhalb des Dienstes sich als Soldaten der Republik fühlen, nicht nur als Söldnertruppe irgendeiner Regierung, ob sie demokratisch-republikanisch oder faschistisch-monarchistisch ist. Nach den unter der Amtstätigkeit des Reichswehrministers Dr. Geßler herausgegebenen Heeresergänzungsbestimmungen ist nun aber die Werbetätigkeit zu dem Heeresersatz ganz in die Hände der Offiziere gelegt, vorzugsweise in die der Kompagniechefs. Diese sind berechtigt, Leumundszeugnisse — nicht nur amtliche Führungsatteste — sowohl über die Anzuwerbenden selbst, als auch über deren Angehörige (!) einzufordern.

Der Hauptmann Scheidler aus Frankfurt a. O. handelt also ganz im Sinne seiner Instruktionen, wenn er von drei Vertrauensleuten Auskunft fordert. Nach seiner Meinung sind augenscheinlich der Ortsgeistliche, der **Kriegervereinsvorsitzende** und der Vorsitzende des Landbundes die richtigen Vertreter republikanischer Weltanschauung, die über den zukünftigen Verteidiger der Republik die rechte Auskunft geben können. Und diese Herrschaften werden sich solchen Vertrauens sicher unbedingt würdig erweisen. Man kann stolz sein auf die moralische Werbekraft der Republik, daß sie sogar die Vertreter der konservativsten Staatsauffassung zu ihren Vertrauensleuten machen kann!

Aber, im Ernst, hält der demokratische Reichswehrminister den Charakter der deutschen Wehrmacht als republikanisches Organ wirklich gesichert, wenn die Kompagniechefs ihre Mannschaften lediglich auf Grund der Gutachten von Ortsgeistlichen, Kriegervereinlern und Landbündlern zusammenstellen?

Devisen-Kurse.

Berlin, 4. September.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

		3. September.	31. August.
Amsterdam	1 fl.	3790000,—	4309700,—
Brüssel (Antwerpen)	1 Fr.	448000,—	518700,—
Kristiania	1 Kr.	1596000,—	1795500,—
Kopenhagen	1 Kr.	1795000,—	2044875,—
Stockholm	1 Kr.	2593000,—	2952600,—
Helsingfors	1 finn. Mk.	269000,—	307230,—
Rom	1 Lire	418000,—	478800,—
London	1 £	43890000,—	49875000,—
Neuyork	1 Dollar	9645000,—	10972500,—
Paris	1 Frs.	548000,—	622460,—
Zürich	1 Frs.	1745000,—	1975050,—
Madrid	1 Pesetas	1296000,—	1476300,—
Wien	100 Kr.	1300,—	15561,—
Prag	1 Kr.	284000,—	323199,—
Budapest	1 Kr.	520,00	615,95

Vermischte Nachrichten.

Festgenommene Falschmünzer. Aus Köln wird gemeldet: Eine Falschmünzerwerkstätte wurde von der Kriminalpolizei in Köln ausgehoben. Es wurden Druckplatten von falschen 50-Millionen-Markscheinen der Rheinprovinz beschlagnahmt. Ein Techniker, der beschuldigt wird, die Platten angefertigt zu haben, sowie ein Mann und eine Frau wurden festgenommen, letztere wegen Hilfeleistung.

Hinter den Kulissen eines Fremdenpensionats. Unter der Anklage der schweren Kuppelei hatte sich vor dem Schöffengericht in Berlin die Pensionatsinhaberin Ida Schulz zu verantworten. Sie unterhielt im Zentrum ein Fremdenpensionat, in dem vorzugsweise japanische Studenten wohnten. Eine Razzia ergab, daß neben vielen Japanern auch verschiedene andere Insassen festgestellt wurden, die mit ihren Berliner Freundinnen über die Zeitnöte hinwegkommen wollten. Die Angeklagte hatte aus ihrem Pensionat ein förmliches Joshiwara gemacht. Nach den Bekundungen eines Kriminalkommissars über den Betrieb in den Kuppelquartieren des modernen Berlins gibt es gegenwärtig 40 bis 50 Frauen, die stets eine Anzahl junger Mädchen in Bereitschaft halten und diese auf telephonischen Anruf an die „Fremdenpensionate" anliefern. Bei den „Bestellungen" bedienen sich diese Frauen besonders verabredeter Stichworte, die über das Aeußere der Mädchen genauen Aufschluß geben. Das Gericht ließ besonderer Umstände wegen Milde walten und erkannte auf 500 000 Mark Geldstrafe, für die der Angeklagten auch noch Ratenzahlungen bewilligt wurden.

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freistaat Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Inserate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. — Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

Das Leben der Salome Zeller.

Von Ernst Zahn.

10. Fortsetzung.

Pfister stützte die Arme auf den Tisch und begann in der umständlichen und ein wenig bequemen Weise dicker Leute zu reden. Eigentlich sei brieflich das Nötigste gesagt worden, aber — sie, er und die Frau, würden das Kind nicht genommen haben, wenn sie nicht den Eindruck gewonnen hätten, daß sie es mit einer ordentlichen Person zu tun hätten. „Wir sind nicht mehr jung, Jungfer Zeller," fuhr er fort. Dann erzählte er, sie hätten eine Tochter gehabt, die ihnen zwei Enkel geschenkt, nun aber mit diesen und ihrem Mann weit fortgereist sei. Die Frau sei über dem Abschied in eine Art Melancholie gefallen, und sie seien allmählich auf den Gedanken gekommen, die verlorene kleine Enkelschaft durch ein fremdes Kind zu ersetzen. Frauen wollten nun einmal etwas zu sorgen und zu lieben haben.

Während er so sprach, hatte die Frau Tränen in den Augen. Sie wischte sie sich heimlich fort und beschäftigte sich mit dem Kindlein, das sie Salome abgenommen und nun selbst auf den Armen trug.

Salome schnürte ein Gefühl des Gedemütigtseins die Kehle zu. Das leise Mißtrauen erwachte wieder, das früher der Hausfrau in Hastings gegenüber schon sich geregt: — Ob — ob diese Menschen sie heimlich verachteten? Es — es war ein erstickender Schrecken, dieser Gedanke! Aber der starke, tapfere Welle kehrte ihr bald zurück. Sie sah, daß sie den Leuten über sich selbst Aufschluß schuldig war, wie diese ihn ihrerseits über sich gegeben. So begann sie zu erzählen, wer sie sei, aber vorsichtig, nicht verratend, in welcher Stadt ihre Eltern wohnten, und auch frei hinzufügend: „Ich will nicht sagen, wo ich daheim bin. Wie wir es ausgemacht haben, soll das Kindchen ganz bei Ihnen bleiben. Ich will auf jede Nachricht verzichten, nur manchmal, wenn ich kann, will ich es besuchen, darf — es besuchen?"

Es war ihr, als risse sie sich mit jedem Worte ein Stück Fleisch aus dem eigenen Leibe. Das Ganze schien ihr auf einmal wie ein schmählicher Schacher um eine Ware. Ihre Stimme hatte zuletzt kaum mehr Ton, so legten sich ihre Scham und Qual wie zwei Steine auf die Brust.

Der kluge Bauer betrachtete sie immer schärfer. Er verstand besser als sie ahnte, wie es um sie bestellt war.

Ich weiß, wie das ist. Sie haben Ursache, dafür zu sorgen, daß niemand etwas von dem erfährt, was Ihnen geschehen ist. Und doch macht es Ihnen Mühe, das Kind wegzugeben. Ich will Sie auch nicht weiter ausfragen, weil — Sie mir leid tun und obgleich wir eigentlich mehr von Ihnen wissen sollten, als wir wissen."

Er hatte die Ueberlegenheit und Selbstsicherheit eines Biedermannes.

Salome war ihm dankbar, fand sich unwillkürlich zu ihm wie zu der Frau hingezogen, aber sie konnte nicht aus sich heraus. Sie setzte die Lippen zusammen. Die braunen Brauen schoben sich gegen die Nasenwurzel.

Da fuhr Pfister fort: „Das Kind soll es gut bei uns haben. Die Mutter sieht auf Reinlichkeit und versteht etwas von Kinderpflege."

„Meine Enkelein sind mir zum wenigsten immer gesund geblieben", fügte Frau Seline hinzu.

Salome kramte in einem mitgebrachten Täschchen und zog zwei Banknoten heraus. „Sie können sicher sein, daß ich das Geld regelmäßig schicke", sagte sie knapp.

Pfister nahm das für einen Beweis ihrer Genauigkeit und Gewissenhaftigkeit und es stimmte ihn freundlich gegen sie.

„Das ist für uns nicht die Hauptsache," erklärte er aber, und dann, als ob sie erst jetzt der Gastin volles Gastrecht einräumten, ging Frau Seline nach einer Erfrischung.

Salome legte ab und besorgte das Kleine, welches weinte. Es beruhigte sich bald, aber wie sie so über es geneigt stand, fiel ihr ein, daß sie es bald verlassen mußte; es tat ihr weh wie ein Messerstich. Die Hände, mit denen sie es wieder ins Kissen band, zitterten ihr. Sie hätte es auf ihre Arme reißen und mit ihm hinauslaufen mögen, irgendwohin. Aber die Frau kam mit Wein und Speise zurück und setzte beides vor Salome auf den Tisch. Sie war nicht hungrig, doch die Bauern, wie es so Art auf dem Lande ist, zwangen sie zum Essen. Frau Seline nahm das Kind wieder an sich und trug es ins Nebenzimmer. „Nachher müssen Sie sehen, daß ich vorgesorgt habe," sagte sie, zurückkommend, und begann aus Kasten und Kommoden allerlei Kleinkinderzeug hervorzukramen, daß sie mit lächelndem Stolz zeigte: „Das habe ich noch. Und das habe ich noch."

Jakob Pfister hatte sich neben Salome gesetzt und sprach von der Gegend, wie gesund und schön sie sei und Salome möge nur kommen, so oft sie wolle, sie werde immer willkommen sein.

Die anfängliche Fremdheit zwischen ihnen verlor sich. Bald trat Vertraulichkeit an ihre Stelle. Es war fast erstaunlich, wie sie wuchs. Es mußte jedem der drei im Wesen des anderen etwas liegen, was ihm eine gewisse Freude an der Bekanntschaft gab. Es war warm und gemütlich in der Stube, aber nicht nur weil die Sonne in die vielen Fenster schien, sondern Salome fühlte jene unbestimmte, irgendwoher — aus Herzen zu Herzen quellende Wärme.

Es war lange nachher, daß ihr Blick auf die Uhr fiel, deren lauter Pendel an der Wand hin und her huschte.

„Ich muß gleich an die Abreise denken", sagte sie aufschreckend.

Nun fiel eine Erregung über sie. Vielleicht war die Ursache davon der nahe Abschied vom Kinde, vielleicht der Gedanke, daß sie jetzt heimfuhr, wirklich heim in das alte Haus über den Bögen. Sie suchte Jacke, Hut und Tasche zusammen.

„Sie müssen noch sehen, wo das Kleine schläft," sagte Frau Seline und zog sie ins Nebenzimmer.

Da stand neben den Betten der Alten mit den roten Bezügen ein niederer Korbwagen mit einem Vorhang aus gleichem Stoff. Darin lag der schlafende Knabe.

Salome trat vor ihn hin und sah auf das runde Gesichtlein nieder. Plötzlich wendete sie sich ab und nach der Wohnstube zurück. Sie setzte den Hut auf und machte sich reisefertig, brachte kein Wort heraus, sondern kämpfte mit aller Macht gegen das Weinen. Die Bauersleute wurden verlegen. Frau Seline weinte leise mit. Jakob Pfister drehte sich nach dem Fenster und schaute hinaus. Endlich empfahl sie ihnen noch einmal mit stockenden Worten das Kind, gab dann den beiden Leuten die Hand und lief rasch aus der Tür.

Jakob Pfister stand breit und mit den Händen in der Hose am Fenster und sah der Davongehenden nach.

„Das ist ein schmächtiges Jüngferlein, da", sprach er laut nach der Frau zurück und fuhr fort, so lange er Salome noch sehen konnte, in kurzen Absätzen seine Eindrücke wiederzugeben. „Schmächtig, aber lebhaft", wiederholte er. „Sie scheint zu wissen, was sie will." — „Und ein eigentümliches Menschenkind ist sie." — „Keine unordentliche Person." — „Ein ganz achtenswertes Frauenzimmer scheint sie."

„Eigentlich sollte man mehr von ihr wissen, als der Fall ist," wendete Frau Seline wieder ein.

Da fuhr sich der Mann über den kahlen Scheitel und antwortete: „Das ist eine heikle Sache. Man kann nicht hineinstampfen wie in eine abgegraste Wiese. Und ich meine, man muß auf der Welt auch einmal etwas auf Treu und Glauben nehmen können, Mutter."

Hinter seiner ungeschickten Ehrlichkeit verbarg sich ein seltsames Feingefühl. Salome Zeller ließ in dem Hause einen zurück, der mit herzlichem Wohlwollen an sie dachte.

Sie selber schritt indessen die Straße zurück, auf welcher sie gekommen war. Sie eilte. Die Zeit bis zum Eintreffen ihres Zuges schien ihr knapp. Ihr Inneres war aufgewühlt. Auf dem ersten Teil der Straße riß die Qual an ihr, daß sie ihr Kind nicht mehr hatte. Auf dem zweiten sprang ihr die Bangigkeit auf die Brust und krallte sich fest: Nun ging es heim! Wie würde da alles sein?

So erreichte sie den kleinen Bahnhof, auf dem sie den Personenzug bis zur nächsten Schnellzugsstation nehmen wollte. Mit dem Schnellzug wollte sie reisen, sie hatte sich für diesen angemeldet. Niemand sollte wissen, daß sie unterwegs ausgestiegen.

VI.

Der Zug fuhr von der Hügelhöhe gegen St. Felix herein. Die Lichter brannten in den Wagen; aber der Tag war noch nicht tot. Im Westen warf die sinkende Sonne noch Feuer in eine dunkle Wolkenwand, und von der fernen Glut hoben sich eine schwarze Anhöhe, ein paar hohe Bäume, ein einzelnes Gehöft in scharfen Umrissen ab. Salome Zeller saß in einem Abteil dritter Klasse des Zuges am Fenster und sah in die zwischen Tag und Nacht liegende Landschaft. Jetzt rollten die Wagen über einen Ueberführungsbau. Auf dem unter ihm liegenden Bahnkörper blitzten Lampen um Lampen auf. (Fortsetzung folgt.)

Amtlicher Teil

Der **Senat** hat den Amtsgerichtsrat a. D. Dr. Becker auf seinen Antrag aus dem Amte eines stellvertretenden Vorsitzenden des Einigungsamtes beim Wohlfahrtsamt entlassen. 6102

Das Gesetz- und Verordnungsblatt

Nr. 68 vom 4. September 1923 enthält: (6103

Festsetzung des Wertes der Sachbezüge S. 301. — Gebührenordnung des Statistischen Landesamtes. S. 302. — Zehnter Nachtrag zum Tarif für die Schlepplöhne vom 8. Februar 1923, die bei Benutzung der vom Staate Lübeck betriebenen oder zugelassenen Schleppdampfer auf dem Elbe-Trave-Kanal zu entrichten sind. S. 303.

Am Mittwoch, dem 5. September, beginnt der durch Pressenotizen bereits angekündigte Verkauf von

Gutscheinen für Gas, Strom u. Wasser

in den unten näher aufgeführten Verkaufsstellen.

Die Gutscheine lauten nicht über Geldbeträge, sondern über bestimmte Mengen, Gas, Strom und Wasser, die ohne Rücksicht auf die spätere Preisgestaltung mit der Lösung der Gutscheine bezahlt sind. Da die Gutscheine eine Gültigkeitsdauer von 2 Monaten haben, ist den Abnehmern die Möglichkeit geboten, sich für den Verbrauch bis zu 2 Monaten mit wertbeständigen Gutscheinen einzudecken.

Die Gutscheine können **nur** an die Einkassierer in Zahlung gegeben werden. Abnehmer, die Gutscheine zur Bezahlung benutzen wollen, können daher auch nicht mehr durch die Bank überweisen. Etwa mehrverbrauchte, durch Gutscheine nicht gedeckte Gas-, Strom- und Wassermengen, müssen sofort an den Einkassierer mit bezahlt werden.

Die Gutscheine sind in folgenden Größen vorhanden:

für Gas über 1, 5, 10 und 25 cbm,
„ Lichtstrom „ 1, 5 und 10 Kilowattstunden,
„ Kraftstrom „ 5, 10 und 25
„ Wasser „ 1 cbm Wasser zum niedrigen Preis = 2 heizbare Räume ohne Leitung,
„ 3 cbm Wasser zum niedrigen Preis = 2 heizbare Räume mit Leitungen,
„ 6 cbm Wasser zum niedrigen Preis = 4 heizbare Räume mit Leitungen,
„ 20 cbm Wasser zum niedrigen Preis.

Da die Einkassierer auf in Zahlung gegebene Gutscheine Geld nicht herausgeben dürfen, wird den Abnehmern geraten, sich möglichst auch mit kleinen Sorten von Gutscheinen zu versorgen.

Die Verkaufsstellen geben nur Mengen bis zu 200 cbm Gas, 100 Kilowattstunden Strom und 100 cbm Wasser ab. Größere Gutscheine sind an unserer Kasse Mengstraße abzufordern.

Verkaufsstellen.

Stadt:
Kasse der Städtischen Betriebe, Mengstraße 26.
Kaufhaus Rudolf Karstadt, Breite Str. (Ecke Johannisstraße,
Bank für Handel und Gewerbe, Breite Str. 40,
Girozentrale, Fleischhauerstraße 13,
Spar- und Anleihe-Kasse, Breite Str. 18.

Vorstadt St. Jürgen:
Nebenstelle der Spar- und Anleihekasse, Kronsforder Allee 1.

Vorstadt St. Gertrud:
Bureau der Lübecker Straßenbahn, Roeckstr. 49.

Vorstadt St. Lorenz:
Nebenstelle der Spar- und Anleihekasse, Fackenburger Allee 13/15,
Gaswerk I, Moislinger Allee 9.

Travemünde:
Nebenstelle der Bank für Handel und Gewerbe.

Schlutup:
Nebenstelle der Bank für Handel und Gewerbe.

Schwartau:
Nebenstelle der Bank für Handel und Gewerbe.

Der Verkauf erfolgt an allen Wochentagen mit Ausnahme des Montags.

6108) **Die Städtischen Betriebe.**

Am 5. September 1923, vorm. 12 Uhr, wird der Kapitän vom Dampfer „**Havtor**“ wegen seiner Reise von **Preston** auf hier im Gerichtshause, Zimmer 9, Verklarung ablegen. (6116

Amtsgericht Lübeck.

Invalidenversicherung.

Von Montag, dem 3. September ab gelten folgende Lohnklassen und Wochenbeiträge:

Bei einem Jahresverdienst bis Mk.	Lohnklasse	Wochenbeitrag Mk.
432 000 000	36	140 000
720 000 000	37	200 000
1 080 000 000	38	320 000
1 440 000 000	39	440 000
von mehr als 1 440 000 000	40	570 000

Für Personen unter 18 Jahren und Lehrlinge, sofern ihr monatlicher Arbeitsverdienst den Betrag von 430000 Mk. nicht übersteigt, sind Beiträge der Lohnklasse 28 = 17000 Mk., für Hausgehilfinnen, die überwiegend im Haushalt tätig sind und deren monatlicher Arbeitsverdienst (Barlohn, freie Wohnung und Verpflegung) 7100 000 Mk. nicht übersteigt, Beiträge der Lohnklasse 29 = 37000 Mk. zu entrichten. (6119

Landesversicherungsanstalt der Hansestädte.

Der Vorstand
I. V.: Illing.

Nichtamtlicher Teil

2-Zimmer-Wohnung u. Fremdenz. gegen 3- oder große 2-Zimmer-Wohn. [illegible] zu tausch. 6087) Kerckringstr. 30, I.

Ehepaar sucht einf. möbl. Zimmer mit 2 Betten ohne Wäsche. Ang. unt. C 238 an die Exp. d. Bl. (6106

Heute mittag 12 Uhr entschlief sanft und ruhig nach langer Krankheit unser lieber Vater und Großvater

Matthias Kelling.

In tiefer Trauer
Hans Kelling und Frau,
Karl Kelling und Frau,
Albert Kelling und Frau,
Fritz Wenk und Frau, geb. Kelling.

Travemünde, den 31. August 1923.

Beerdigung am Dienstag, nachm. 3 Uhr, vom Trauerhause aus. (6095

Prima Ziege

(paar Liter Milch) und Kinderbettstelle zu verk. oder tauschen. (6100 Fackenburger Allee 58 a. Fernspr. 1356.

Achtung Hafenarbeiter! Kl. Haus im Gang, 4 Z., Küch., Wohndiele, Gas mit Wohnung v. Tor zu tausch., eventl. zu verk. i. Goldw. Ang. unt. C 237 an die Exp. d. Bl. (6097

Kommode gegen eis. Ofen zu tauschen gesucht. Travelmannstr. 49, part. 6114)

Kl. Kanonenofen zu kaufen gesucht. Ang. u. C 236 an die Exp. d. Bl. 6099)

Herren-Fahrradgestell geg. Kohlen zu tauschen gesucht. Ang. unt. C 235 an die Exp. d. Bl. (6089

Möbel, Betten und **Altertümer** kauft ständig 6113) Fleischhauerstr. 87.

Brieftasche gef.

in der Luisenstr. (6101 Abzuh. Lützowstr. 3.

Liegen geblieben

ist am Sonnabend abend in der Elektr. (Linie 14) e. gelbe Handtasche mit weiß. Schloß. Der Dame, die die Tasche an sich genommen hat, ist man auf der Spur. Falls sie die Tasche m. Inhalt (7 Brotkarten, etwa 27 Mill. Bargeld, Quittungen u. a.) sof. hinausbringt, wird von Anzeige abgesehen. **Schröder, Siems,** 6115) Siemser Landstr.

Verloren am Sonnabend, dem 1. Septbr., abends, gold. 6eckigen Manschettenknopf m. d. blauen Stein (Andenken). Bitte gegen Belohnung abzugeben bei **Wandel,** Kl. Burgstr. 16, II (6088

Haarzöpfe repariert und ausgekämmtes Haar kauft
F. Lichtenstein,
Gr. Burgstraße 11,
Friseurgeschäft im Flügel. (6117

Ankauf v. Gold- und Silber-Bruch, Gebisse, einz. Zähne.
Willi Westfehling 6084
32 Holstenstr. **32**

Maulwurf-, Reh-, (6083
sowie alle and. Sorten
Felle
kaufen höchstzahlend
Gebr. Wagner,
Tel. 3414
Dankwartsgrube 26, Holstenstr. 3.

Wir suchen für unser Stücklohnbureau mit möglichst baldigem Antritt einen tüchtigen

Kalkulator,

der mit der Festsetzung der Stücklohnpreise für sämtliche im Schiffbau vorkommenden Eisenarbeiten vertraut ist.

Es wollen sich nur solche Herren melden, die eine längere praktische Tätigkeit im Schiffbau nachweisen können, bezw. in ähnlicher Stellung tätig gewesen sind.

Innerhalb 14 Tagen nicht beantwortete Bewerbungen gelten als abgelehnt. 6111

Näheres unter **C 239** an die Exp. ds. Bl.

Ehlers & Reetwisch
Holstenstr. 1. St. Petri 2-4.
Herren- und Damen-Konfektion Schuhwaren.
Das bekannt reelle Einkaufshaus für Arbeiter und jeden Beruf.
1026a

Die von uns ausgegebenen Gutscheine werden hiermit bis zum 15. September 1923 zur Einlösung aufgerufen. Wir ersuchen die Inhaber dieser Scheine, dieselben bis zum 15. September bei unserer Hauptkasse oder bei unseren Banken zur Einlösung vorzulegen. Nach dem 15. September vorgelegte Gutscheine werden nicht eingelöst.

6090 **B. Glogner & Co.,**
Lübeck, Kanalstr. 32—46.

28 500

Mitglieder der freien Gewerkschaften, der freigewerkschaftlichen Angestellten-Verbände und der Gewerkschaften der Beamten in Lübeck

lesen den

Lübecker Volksboten als offizielles Publikationsorgan des ADGB., der Afa und des Allg. Deutschen Beamtenbundes. Wer erfolgreich inserieren will, benutze daher den

„Lübecker Volksboten“

Nr. 17. **Nr. 17.**

September 1923

Am schwersten habt ihr es, liebe Frauen,
Wehmütig tut jeder in die Zukunft schauen,
Da bleib' mal einer munter,
Alles geht drüber und drunter.
Es naht der Herbst, die Blätter fallen,
Die Sorge drückt uns allen.
Kauft schnell Schuhzeug,
Es ist die höchste Zeit, sonst tut's euch leid.

O. Schröder.
Große Auswahl in allen Sorten starker und feinster Stiefel.
Spezialgeschäft (6118
Balauerfohr 17.

Vereins- u. Vergnügungs-Anzeigen

Zentralverband d. Angestellten

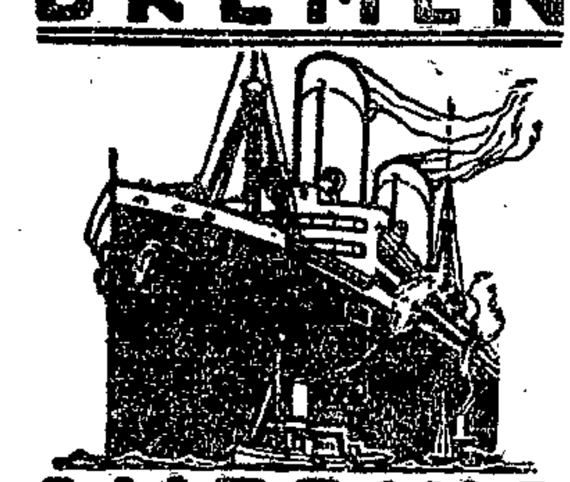
Allgemeine Mitgliederversammlung am Donnerstag, 6. September, abends 7½ Uhr im Gewerkschaftshaus.

Das Erscheinen aller Mitglieder ist dringend notwendig. 6107

Kolosseum
Heute 7 Uhr:
8. Bunter Abend.
Hannah Herfurth-Karsten, die bekannte Liedersängerin,
Max Hermann, der geschätzte Operettentenor,
Rob. Sulanke mit seinem flotten, temperamentvollen Konzert- und Ballorchester.
Konzert, Soli, Duette. Tanzeinlagen. (6120

Luisenlust.
Morgen Mittwoch **Groß.Ball** vom Skatklub. (6112) Der Vorstand.

BREMEN



AMERIKA OSTASIEN AUSTRALIEN

Regelmäßiger Personen- und Frachtverkehr mit eigenen Dampfern. Anerkannt vorzügliche Unterbringung u. Verpflegung f. Reisende aller Klassen
Reisegepäck-Versicherung
Nähere Auskunft durch
NORDDEUTSCHER LLOYD BREMEN
und seine Vertretungen
in Lübeck: **C. F. Schütt & Co.,** Untertrave 12/13. (6081
Verein zur Hebung des Fremdenverkehrs, e.V. Fahrkartenausgabestelle u. Reisebureau des Norddeutschen Lloyd, Mengstr. 4 Buddenbrookhaus.
in Hamburg: **Norddeutscher Lloyd Generalvertretung:**
Wilhelm Lazarus, Bergstraße 11, (Haus Commeter).

Kolosseum
Morgen Mittwoch
Gross. Ball
Kassenöffnung 6½ Uhr. (6082
Joh. und R. Mittag.

Achtung! Schneider!
(6098
Heute Dienstag abends 8 Uhr:
Wichtige Versammlung
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Verkehrsbund
Ortsverwaltung Lübeck.
(6121
Versammlung der Kaufmanns- und Weinarbeiter am Mittwoch, 5. Septbr. abends 7½ Uhr im Gewerkschaftshaus.
Tagesordnung:
Bericht der Lohnkommission
Die Ortsverwaltung.

Trocadero.
Schüsselbud. 4. F. 787
Täglich ab 5 Uhr nachmittags:
Stimmungs-Konzerte. 6040

Café Bernhardt
Fackenburger Allee 9.
Täglich nachm. u. abds.: **Konzert.** 5934)

Opera
Tägl. abends 8 Uhr:
Kabarett. Tanz.
Kammersänger
Alois Pennarini
der weltberühmte Tenor in seiner Szene als (6094
Franz Schubert.
Ein Triumpf ohnegleichen

Fledermaus
8 Uhr.
6086)

Hansa-Theater.
Täglich 8 Uhr abends:
Der beispiellose Erfolg
Der Raub der Sabinerinnen.
mit Dir. Ernst Albert als Striese.
6092

Stadttheater Lübeck.
Mittwoch, 7,30 Uhr: Die Jüdin v. Toledo.
Donnerstag, 7,30 Uhr: Bastien und Bastienne. Abu Hassan. Der betrogene Kadi.
Freitag, 7 Uhr: Fatinitza. (6093
10,30 Uhr: Nachtvorstellung: Die Josefslegende.

Lübecker Volksbote

1. Beilage. Dienstag, 4. September 1923. Nummer 0.

Freistaat Lübeck.

Dienstag, 4. September.

Die Freiheit läßt sich nicht gewinnen.
Sie wird von außen nicht erstrebt,
Wenn nicht zuerst sie selbst tief innen
Im eigenen Busen Dich belebt.
Willst Du den Kampf, den großen, wagen,
So setz' zuerst Dich selber ein;
Wer fremde Fesseln will zerschlagen,
Darf nicht sein eig'ner Sklave sein. R. Prutz.

Versklavt.

Die Gescheiten wollen Probleme, um ihre Gedanken leuchten zu lassen, sonst sind sie unzufrieden. Die Kritiker wollen tadeln können, sonst sind sie unzufrieden. Die Sophisten wollen Gelegenheit zur Rede haben, sonst sind sie unzufrieden. Sie alle sind versklavt: an die Welt der Erscheinungen.

Menschen, die verstehen, von sich reden zu machen, gründen Gemeinden. Menschen, die verstehen, auf einflußreiche Posten zu gelangen, halten Amt und Würden hoch. Menschen von starkem Körperbau brüsten sich mit athletischen Taten. Menschen, die Lust an Waffen haben, freuen sich des Krieges. Menschen mit verblichenem Ruhm zehren von diesem. Menschen, die Gesetz und Recht zu handhaben verstehen, suchen daraus für sich Vorteile zu erringen. Menschen, denen die gesellschaftlichen Formen wichtig sind, übertreiben das Tragen der Kleider. Menschen, die Liebenswürdigkeit und Pflicht über alles stellen, suchen sich vor den anderen auszuzeichnen.

Trügen die Felder von selbst, es wüßte der Landmann nicht, was tun. Liefen Märkte und Geschäfte von selbst, es wüßte der Kaufmann nicht, was tun. — Nur in seinem täglichen Berufe fühlt sich der Mensch. Und doch ist der Handwerker von seinem Handwerkszeug abhängig, der Geizhals von seinen Schätzen, der Mächtige von dem Apparat seiner eigenen Macht. Sie alle sind Sklaven und nur glücklich im Handeln. Sie kennen nicht die Ruhe; nicht den Segen des ruhigen Wirkens. Sie gehen ihren Lebensweg automatisch. Gefangen in die Welt der Dinge versinken sie in ihr und tauchen ihr Leben lang nicht wieder zu sich auf.

Dschunang-Osi (aus seinem Buch „Gleichnisse", Rotapfel-Verlag, Erlenbach-Zürich.)

Eine Sitzung des Bürgerausschusses am Montag abend beschloß, die beiden ihm zur Begutachtung überwiesenen Anträge betr. Abänderung des Pensionsgesetzes der Senatsmitglieder und betr. Verpflegung der Opfer vom 11. August nach den Grundsätzen der 1. Klasse im Krankenhaus der Bürgerschaft zur Annahme zu empfehlen.

Der Totgesagte lebt noch. Wir entnahmen am Freitag dem Vorwärts eine Notiz, wonach in der Oberspree ein herrenlos treibendes Ruderboot aufgefunden wurde, in dem sich ein Herrenschlüpfer, eine Brieftasche mit 671 000 Mk. und ein an Frau School in Lübeck, Krähenstraße 2/4, adressierter Brief befand, mit dem Vermerk auf der Rückseite: „Finder wird gebeten, diesen Brief zu expedieren." Briefschreiber ist Willy School. Der angenommene Tod des jungen Mannes hat sich glücklicherweise als irrig herausgestellt. Der junge Mann ist bereits in Lübeck eingetroffen. Wahrscheinlich hat ein anderer Herrn School einen albernen Streich gespielt.

Der Verkauf von Gutscheinen für Gas, Strom und Wasser beginnt am Mittwoch, dem 5. September. Eine aufklärende Bekanntmachung befindet sich heute im Anzeigenteil unseres Blattes. — Zweifellos bringen diese Gutscheine manchem große Vorteile. Dieses System ist bereits auch in anderen Städten eingeführt. Wir verkennen nicht, daß auch die Betriebsbehörde mit diesem Gutscheinsystem durch die rasch eingehenden Beträge besser wirtschaften kann. Leider sind aber, wie immer, alle diejenigen im Nachteil, die nicht das nötige Geld haben, um sich mit wertbeständigem Gas auf zwei Monate oder kürzere Zeit im voraus eindecken zu können. Und das wird die große Mehrzahl sein, insbesondere die Arbeitslosen und die Kurzarbeiter.

Das amerikanische Kriegsschiff „Pittsburg", das in den nächsten Tagen den Lübecker Hafen anlaufen soll, wird sich nur kurz hier aufhalten. Es wird am 8. September vormittags eintreffen und nachmittags bereits die Ausreise wieder antreten.

Eine Tabaksteuer-Amnestie. Der Kampf der Zigarrenkleinhändler gegen die Zusatzbanderole ist jetzt zu einem vorläufigen Abschluß gekommen. Das Reichsfinanzministerium hat mit sofortiger Wirkung verfügt, daß Händlern, die tabaksteuerpflichtige Waren zu einem Preise abgeben, der die Preisangabe oder die obere Preisgrenze des angebrachten Steuerzeichens übersteigt, bis auf weiteres aus Billigkeitsgründen Befreiung von der Verpflichtung zur Zuschlagsversteuerung gewährt wird. Als Zusatzversteuerung gilt alles, was unter § 45 Abschnitt 2 des Tabaksteuergesetzes vom 12. September 1919 fällt. Der Händler ist demnach in der Lage, ohne Rücksicht auf den Einkaufspreis seine Kleinverkaufspreise der Geldentwertung anzupassen. Die einmalig geleistete Steuerabgabe genügt für jeden Kleinverkaufspreis. Im Anschluß an diese Neuerung tritt auch eine formgerechte Tabaksteuer-Amnestie ein. Nach einer Verfügung des Reichsfinanzministeriums kann nämlich bei abgeschlossenem Verfahren wegen Preisüberschreitung vom Gnadenwege Gebrauch gemacht werden. Schwebende Verfahren können niedergeschlagen und die Beschlagnahme aufgehoben werden. Nach dem Tabaksteuergesetz konnte jedem Händler, der seine Ware über den vorgeschriebenen Preis verkaufte, der gesamte Bestand beschlagnahmt werden, und, falls er die Banderole verletzte, konnte er außerdem wegen schwerer Urkundenfälschung belangt werden. Voraussichtlich wird diese Aufhebung der Zusatzbanderole nur ein provisorischer Zustand sein, da bei dem augenblicklichen Zustand die Gefahr besteht, daß der Kleinverkaufspreis der Tabakwaren zu sehr dem Belieben der einzelnen Händler überlassen wird.

Vorsicht beim Pilzsammeln.

In ganz ungewöhnlicher und abschreckender Weise häufen sich in diesem Sommer die Nachrichten über Pilzvergiftungen mit tödlichem Ausgang. Dieser Tage starben in Berne bei Altrahlstedt drei jugendliche Söhne eines Gutsbesitzers. Ihre Erzieher und ein verjagtes armes Ruhrkind büßten mit ihnen ihr frisches Leben ein, zwei Dienstmädchen und ein zweites flüchtiges Kind aus dem besetzten Gebiet, die vom selben Gericht gegessen, erhoffen im Krankenhaus Genesung. Alle Pilzliebhaber beschäftigt nach solchen traurigen Vorkommnissen die Frage, wie man sich gegen Vergiftungen schützen kann. Daß die „altbewährten" Mittel nicht zuverlässig sind, hat manche böse Erfahrung gelehrt. Auch wenn die Zwiebel, die man mit den Pilzen kocht, oder der Silberlöffel, den man hineinsteckt, sich nicht verfärben, ist noch keine Gewähr gegen Beimengung giftiger Pilze gegeben. Der sicherste Schutz vor Giftpilzen ist immer noch, sich genaue Kenntnisse der Pilze zu verschaffen, die man sammeln will — und bei Mangel genauer Kenntnis das Pilzsammeln zu unterlassen. Sehr selten wird bekannt, daß Pilze, die beim Händler gekauft, also vermutlich von gewerbsmäßigen Sammlern heimgebracht waren, zu Vergiftungen geführt hätten. Fast immer sind die Vergiftungen durch solche Pilze verursacht, die ein „wilder" Sammler in sorgloser Unwissenheit aufgelesen hatte.

Die fortschreitende Teuerung aller Lebensmittel und die immer drückendere Erschwerung der Haushaltführung nötigen immer mehr Familien dazu, auf die Pilzsuche zu gehen, die sie früher als ein Kennzeichen der Armut ansahen. In Hungerzeiten, wie sie mit Beginn des Krieges über uns hereinbrachen, greift der Bedrängte nach jedem Mittel, die knappe Nahrungsmenge zu vermehren. Die Pilzsucherei wurde in den Kriegsjahren sogar amtlich gefördert, weil es galt, die Hungernden zu beschwichtigen. Mancher Pilz wird aufgerafft, der in ertragreicheren Jahren keinen Liebhaber fände. Mangel stumpft ab — und dem Entbehrenden gilt noch vieles als genießbar, was der Bemittelte mißtrauisch und voll Widerwillen zurückweist.

Bei den Pilzvergiftungen der letzten Wochen und Tage ist immer wieder der „Wiesengrünling" genannt worden, der besonders im Blänterwald zu finden sei und die Todesfälle verursacht habe. Wahrscheinlich handelt es sich aber um den gefährlichen Knollenblätterpilz, der fast stets bei Pilzvergiftungen seine verhängnisvolle Rolle gespielt hat. Die Bezeichnung „Wiesengrünling" ist wenig bekannt, selbst kundige Pilzsammler wissen kaum von ihr. Aber der grüne Knollenblätterpilz hat auch den warnenden Namen „Giftgrünling". Der wirkliche Grünling ist bei einiger Aufmerksamkeit nicht mit dem Knollenblätterpilz zu verwechseln, den sein am Grunde dickknolliger Stiel kennzeichnet.

Die Frage nach einem Schutzmittel haben wir schon oben beantwortet: Verschaffe dir mehr Pilzkenntnis! Zweckmäßig ist, mit einem tüchtigen Pilzkenner sammeln gehen. Der erteilt dir einen Anschauungsunterricht, wie du ihn besser nicht wünschen kannst. Wenn sich dir eine solche Möglichkeit nicht bietet, mußt du andere Belehrung suchen. Pilzbücher gibt es in Menge, aber sie sind jetzt teuer wie alle Bücher. Die Schule sollte im Rahmen ihres Botanikunterrichtes mehr als bisher die Pilzkunde berücksichtigen. Die Belehrung müßte allerdings möglichst dem praktischen Zweck angepaßt werden, der sich aus der Zunahme des Pilzsammelns und der Steigerung der Vergiftungsgefahr ergibt.

Daß übrigens auch nichtgiftige Pilze zu Vergiftungen führen können, ist immer noch nicht hinreichend bekannt. Alte, wässerig gewordene, vielleicht schon faulende Pilze soll man weder sammeln noch vom Händler annehmen, weil sie oft ebenso gefährlich wie Giftpilze sind. Aber auch frische Pilze soll man nicht zulange aufbewahren, da immer mit der Gefahr rascher Zersetzung zu rechnen ist. Das möglichst bald zubereitete Pilzgericht darf auch nicht Tage hindurch stehen, ehe es genossen wird. Nicht selten sind nach dem Genuß eines zu lange aufbewahrten Restes zubereiteter Eßpilze schwere Vergiftungen beobachtet worden.

Lübecker Teuerungsziffern.

Den Berechnungen des Statistischen Landesamtes liegt die vom Reich nach Art und Menge einheitlich festgesetzte Normalration von Lebensbedürfnissen für den vierwöchigen Bedarf einer fünfköpfigen Familie zugrunde. Die Teuerungszahl selber stellt die Geldmenge dar, die zur Beschaffung dieser Lebensbedürfnisse erforderlich ist. Die Indexziffer dagegen gibt den Grad der Teuerung an, d. h. um wieviel zurzeit der Kostenbetrag für die vorgenannte Normalration höher ist als im Durchschnitt der Jahre 1913/14.

Die auf Grund der Preisermittelung vom 3. September 1923 berechneten Teuerungsziffern stellen sich folgendermaßen:

	Teuerungszahl Mark	Indexziffer (1913/14=1)
Ernährung	99 132 456	1 808 326
Heizung	16 650 000	2 978 533
Beleuchtung	4 725 000	2 239 336
Wohnung	1 015 246	56 403
Bekleidung	39 700 000	2 987 208
Lebenshaltungskosten ohne Bekleidung	121 522 702	1 509 224
mit „	161 222 702	1 718 609

Die Steigerung gegenüber der Vorwoche beträgt für die gesamten Lebenshaltungskosten in Lübeck 80,7 Prozent und die für ohne Bekleidung 78,3 Prozent.

Besoldung der Hausangestellten. Die Anpassung der Hausangestelltenbezüge an die Teuerung ist Gegenstand häufiger Nachfrage beim öffentlichen Arbeitsnachweis. Da ein Tarifvertrag hier nicht besteht, muß sich der Arbeitsnachweis in der Regel auf die Mitteilung der tatsächlich gemachten Vergütung beschränken. Diese ist außerordentlich verschieden, namentlich, wenn neben dem freien Unterhalt und dem Barlohn noch, wie es vielfach geschieht, Stiefelsohlen, Kleidungsstücke und dergl. gewährt werden. Von Bedeutung ist auch, ob der Lohn, der früheren Regel entsprechend, lediglich am Schlusse des Monats zur Auszahlung kommt, oder ob bereits im Laufe des Monats Abschlagszahlungen geleistet werden, die den Hausangestellten instand setzen, zu günstigen Bedingungen einzukaufen. — Für Berlin haben nach Zeitungsnachrichten die beteiligten Organisationen für den Monat August für Alleinmädchen oder einfache Stützen ohne Kochen 3 Millionen Mark, für Alleinmädchen oder Stützen mit Kochen 3,75 Millionen Mark, für ein einfaches Hausmädchen 3 Millionen, bei größeren Anforderungen mehr, bei jüngeren Kräften weniger festgesetzt. Diese Beträge dürften allerdings zur Voraussetzung haben, daß die häuslichen Arbeitgeber bei besonderen Anschaffungen daneben hilfsbereit zur Hand gehen.

Die verfilmten „Buddenbrooks". Wie der Vorwärts berichtet, wurde im Tauentzien-Palast in Berlin der Film Buddenbrooks neu aufgeführt. Unser Zentralorgan schreibt darüber: Thomas Manns bekanntester Roman „Die Buddenbrooks", der seinen Ruhm begründete und dauernd erhält, hat nun auch nicht mehr dem Schicksal entgehen können, verfilmt zu werden. Die Gefahr, die solcher Verfilmung droht, daß ein großer Komplex und eine lange Folge von zuständlichen und seelischen Entwicklungen in eine knappe und sich steigernde Handlung umgesetzt werden muß, ist hier zum Teil vermieden. Die Bearbeiter haben nur einen Teil des Romans herübergenommen und auch diesen möglichst konzentriert und in spannende Handlung verwandelt. Aus dem Verfall der Kaufmannsfamilie, die bei Thomas Mann sich durch eine Reihe von Generationen entwickelt, ist nur eine Generation herausgegriffen, die vorletzte. Thomas Buddenbrook und sein Schicksal stehen im Mittelpunkt, seine Konnetenzehe, die neues Kapital ins Geschäft bringt, die erste große verfehlte Spekulation, der Fall seines Bruders Christian, der als Genußmensch versinkt, das Unglück mit dem Schwager Grünlich, der zum Fälscher wird, und als Fazit aus all diesem der drohende Bankerott und der Zusammenbruch der eigenen Ehe bilden den Inhalt des Films. Der Ausgang, der im Originalroman ins Tragische verläuft, wird hier umgebogen in ein „Ende gut, alles gut": der Schwiegervater rettet vor dem Bankerott und die Frau wird neu gewonnen. Die filmische Ausgestaltung konnte in den malerischen Schönheiten des alten Lübeck weidlich schöpfen. Der Hafen und die Speicher mit dem Korn und Mehl, das prachtvolle monumentale Holstentor, die Marienkirche, die schönen alten Fassaden — alles das wurde lebendig und in schöner Bildlichkeit vorgeführt. Mit sehr viel Feinheit und Geschmack waren die Innenräume gestellt. Es gab wirklich ein Bild eines Lübeckischen Patrizierlebens aus dem Ende des vorigen Jahrhunderts. Sehr wirksam war die Jahrhundertfeier des Hauses gestaltet. Eine kleine Ueberraschung, selbst für das verwöhnte Berlin, war das trabende Pferd, von dem man nur im Ausschnitt die rennenden Beine zu sehen bekam. Unter den Darstellern ragte Peter Esser hervor, der eindringlich den ganz in Geschäften und Sorgen aufgehenden Thomas verkörperte. Eine sehr charakteristische Figur bot Alfred Abel, der mit spitzigen Zügen den Lebemann Christian vortrefflich traf. Auch der Grünlich Arthur Roberts war eine gute Charge. Mady Christians verlieh der Gerda Thomas einen stolzen Zug innerer Haltung.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Sozialdemokratischer Verein, 1. Distrikt. Mittwoch, den 5. September, abends 7½ Uhr, bei Stallbaum, Dankwartsgrube, Versammlung. (6104

Sozialdemokratische Frauen „Marli". Donnerstag, den 6. September, abends 8 Uhr, in der Schule Heinrichstraße Versammlung. Redner: Hen. Weiß. (6105

Zentralverband der Angestellten. Am Donnerstag, 6. September, abends 7½ Uhr, findet im Gewerkschaftshaus eine allgemeine Mitgliederversammlung statt. Das Erscheinen aller Kolleginnen und Kollegen aus sämtlichen Fachgruppen ist dringend erforderlich. (6109

Hansa-Theater. Täglich der heitere Schwank: „Der Raub der Sabinerinnen". Ende dieser Woche beginnt mit Walter Brommes „Die Schönste der Frauen" die diesjährige Operettenspielzeit.

Angrenzende Gebiete.

Schwerin. Blaue Bolschewiki in Schwerin. Das „Freie Wort" schreibt: Durch die Hetze der bürgerlichen Zeitungen aufgebracht, hat sich die Schweriner blaue Polizei am Sonntag gegen die Bevölkerung in der unerhörtesten Weise benommen. Man hat in den Straßen Schwerins gewütet, als wäre der Belagerungszustand verhängt. Kinder und Frauen und Passanten, die zu vieren oder achten durch die Straßen gingen, wurden von diesen Helden mit Gummiknütteln auseinander geprügelt. Kinder Kriegskrüppel und alte Frauen und Männer rücksichtslos zu Boden geschlagen, ohne daß überhaupt irgend welche Unruhe in Schwerin zu verzeichnen war. Wenn der Schweriner Polizeidezernent sich einbildet, daß die kommunistische Arbeiterjugend vogelfrei sei und diese rücksichtslos niedergeprügelt werden kann, so irrt er sich ganz gewaltig. Die Schweriner Arbeiterschaft wird zu diesen unerhörten Vorgängen Stellung nehmen und die Bestrafung der Schuldigen fordern.

Güstrow. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion beschäftigte sich mit den Vorgängen in Schwerin bei der Enthüllung des Dolchstoßdenkmals. Die Genossen Stelling und Hennecke ersuchten die Fraktion, darüber zu entscheiden, ob sie, da sie die Enthüllung des Schanddenkmals nicht verhindern konnten, aus der Regierung austreten sollen. Die Fraktion entschied sich einmütig dahin, daß für unsere Genossen gar kein Grund zum Rücktritt vorliege, sondern daß vielmehr jene, die der Enthüllung des Schanddenkmals zugestimmt haben, die Konsequenzen ziehen sollten. Bei drei Stimmenthaltungen wurde folgende Entschließung Klasen von der Fraktion einstimmig angenommen: „Die Fraktion billigt das Verhalten der Schweriner Parteigenossen bezüglich der Demonstration gegen die Denkmalsenthüllung in Schwerin. Dem Landtag ist folgender Antrag zu unterbreiten: Das Staatsministerium zieht die Genehmigung der Platzstellung für das Denkmal zurück. Der Landtag erblickt in dem Denkmal eine Verhöhnung der Republik sowie der Frontsoldaten und der Angehörigen der gefallenen Krieger." Ein Schreiben des Staatsministers Gladischewski, in dem er Genugtuung für die Störung der Denkmalsenthüllung fordert, soll mit vorstehender Resolution beantwortet werden.

Lauenburg. Lohnendes Geschäft. Etwa eine Milliarde Mark kassierte hier der Ingenieur einer Installationsfirma von der Landkundschaft als a conto — Zahlung auf Maschinen — unbefugterweise ein und verschwand dann mit dem Gelde. Der Defraudant soll sich nach Hamburg gewendet haben.

Hamburg. Unter Vorzensur. Die „Hamburger Volkszeitung", die nach einem dreitägigen Verbote wegen Aufreizung zu Gewalttätigkeiten jetzt wieder erscheint, ist von der Polizeibehörde bis auf weiteres unter Vorzensur gestellt worden.

Hamburg. Mord und Selbstmordversuch. Sonntag morgen gab der in der Bartelsstr. wohnhafte Polizeibeamte St. auf seine Braut in einer Terasse Kl. Schäferkamp zwei Schüsse ab die das Mädchen in den Hinterkopf trafen; dann richtete er die Waffe gegen sich selbst und brachte sich zwei Schüsse bei. Der Grund zu der Tat ist unbekannt, da die beiden Personen sich in lebensgefährlichem Zustand vernehmungsunfähig im Freimaurerkrankenhaus befinden. — Ein deutscher Schmuggeldampfer in Kopenhagen. 100 Flaschen Spiritus wurden bei der Untersuchung auf dem deutschen Dampfer „Wartenau" vorgefunden. Der Kapitän hatte behauptet, nichts mit dieser Angelegenheit zu tun zu haben, während der Maschinist der Schmuggler sei. Nach der Abfahrt des Schiffes, das aus Hamburg stammt, förderte die Hafenpolizei am Landungsplatz des Schiffes 500 Liter Spiritus zutage, die dort versenkt worden waren.

Bremen. Der Kruppdampfer Klüpfel total verloren. Die Meldung aus Amsterdam, nach der der Dampfer Klüpfel auf der Fahrt von England nach der Weser in dem schweren Südweststurm am 30. August zwischen Borkum und Terschelling unterging und die gesamte Mannschaft bei dem Versuch, sich zu retten, den Tod fand, bestätigt sich leider. Dem dem Dampfer zu Hilfe gekommene Schleppdampfer ist das Rettungswerk entgegen früherer Annahmen bedauerlicherweise nicht gelungen.

Rendsburg. Ueberschwemmungsunglück und Bahndammbruch. Zu dem Ueberschwemmungsunglück an der Eider, dem Bruch des Bahndammes auf der Strecke Rendsburg—Husum und der dadurch verschuldeten Entgleisung eines Zuges wird noch gemeldet: Ein Hilfszug traf sogleich nach dem Unglück ein und begann mit den Aufräumungsarbeiten. In den Fluten liegen Lokomotive, Packwagen und Güterwagen. Die Güterwagen sind völlig zertrümmert. Ein Waggon war voll Korn, das von dem Wasser fast ganz fortgeschwemmt worden ist. Ein Waggon mit Torf liegt ganz im Wasser, ein Waggon mit Kohlen ebenfalls. Die von der Ueberschwemmungskatastrophe betroffenen Landleute

sind dabei, zu retten, was noch zu retten ist. Durch die Fluten ist eine Unmenge Torf und Sand über die Kornfelder geschwemmt.

Oldenburg. Die Regierungsbildung gescheitert. Der Nordische Nachrichtendienst berichtet: Die große Koalition ist nicht zustande gekommen, da Zentrum und Deutsche Volkspartei auch jetzt noch auf dem Standpunkt verharren, sich bezüglich der Besetzung der Ministerposten gewisse Vorrechte sichern zu wollen. Mit der Uebertragung des Präsidiums an Dr. Driver hätten sich die Demokraten wie auch die Sozialdemokraten bereits abgefunden.

Flensburg. Eisenerzlager. Zur Ausbeutung der Eisenerzlager, die in der Umgebung Flensburgs, insbesondere in dem Orte Wallsbüll an der Bahnstrecke aufgefunden wurden, hat sich eine Gesellschaft mit dem Sitz in Flensburg gebildet. Es handelt sich um Unternehmer, die früher in Gleiwitz (Oberschlesien) tätig gewesen sind. Laut handelsgerichtlicher Eintragung ist Gegenstand der neuen Unternehmung die Verwertung und Ausbeutung der in der Provinz Schleswig-Holstein im deutschen und dänischen Gebiet von den dortigen Grubenbesitzern vertraglich erworbenen und noch zu erwerbenden Abbaurechte der Erzlager von bisher etwa 10 Millionen Quadratmetern.

Hadersleben. 17 Opfer der Sturmflut. Während der letzten Sturmflut wurden 17 Arbeiter und Ingenieure, die mit Deicharbeiten beschäftigt waren, vom Wasser überrascht und weggespült. Von den Vermißten fehlt noch immer jede Spur.

Lohnverhandlungen für die Landwirtschaft.

Auf Antrag der Gauleitung des Deutschen Landarbeiterverbandes fand am 31. August in Kiel mit dem Landwirtschaftlichen Arbeitgeberverband für die Provinz Schleswig-Holstein erneute Lohnverhandlung statt. Es sei bei dieser Gelegenheit darauf hingewiesen, daß die Organisationsleitung von Anfang an gegen die einseitige Festsetzung des Lohnes auf der Grundlage der Roggenwährung gewarnt hat, weil der Roggen allein durchaus nicht geeignet ist, als Wertmesser zur Errechnung eines sogenannten wertbeständigen Lohnes zu dienen. Die Warnungen der Organisationsleitung sind aber in den Wind geschlagen worden. Jetzt zeigt sich mit aller Deutlichkeit die Schattenseite. Es läßt sich an Hand statistischen Zahlenmaterials genau nachweisen, daß die anscheinend verhältnismäßig große Steigerung des Roggenpreises mit den Lebenshaltungskosten nicht Schritt gehalten hat. Ja, es besteht sogar die Gefahr, daß trotz Steigerung der Lebenshaltungskosten auf Grund des Tarifvertrages die Arbeitgeber einen Abbau der Löhne vornehmen können, wenn der Roggen sinken sollte. Dauert das Sinken längere Zeit an, wirkt diese rückläufige Bewegung auf den Lohn der Landarbeiter direkt katastrophal. In den ersten 4 Wochen des Monats Juli stiegen die Getreidepreise schneller als die Lebenshaltungskosten. Auch überstiegen sie die Großhandelspreise. In der Woche vom 29. Juli bis 24. August änderte sich das Bild. Die Getreidepreise stiegen um 45 Proz., die des Großhandels aber um 81 Proz. und die Kosten der Lebenshaltung sogar um 124 Proz. In der Woche vom 5. bis 11. August stieg der Getreidepreis um 178 Proz., der Großhandelspreis um 182 Proz. und die Kosten derLebenshaltung um 109 Proz. In der darauf folgenden Woche fiel infolge des Dollarrückganges der Getreidepreis um 41 Proz., während die Lebenshaltungskosten um 192 Proz. stiegen, so daß also, wenn dies Verhältnis beigeblieben wäre, der Barlohn auch um 41 Proz. gesunken wäre. Es zeigt sich also bei Eintritt solcher Sprünge, daß von einer Wertbeständigkeit der Roggenlöhnung nicht gesprochen werden kann und bei Nichtbeachtung der Warnungen der Organisationsleitung die Landarbeiter geschädigt werden können. Da nun die Gauleitung des D. L. V. der Ueberzeugung war, daß im Vergleich zu den Industriearbeiterlöhnen die Landarbeiter zurückbleiben, wurde eine Lohnerhöhung beantragt, und zwar sollte das Quantum Roggen, das für die einzelnen Gruppen festgelegt war, erhöht werden. Die Lohnkommission forderte für Deputatarbeiter 2 Pfund die Stunde, für Freiarbeiter 5 Pfund und die übrigen Gruppen verhältnismäßig angepaßt. Diese Forderung war am 26. August eingereicht unter Zugrundelegung des damaligen Roggenpreises von zirka 7 000 000 Mk. pro Zentner. In der kurz darauf stattgefundenen Verhandlung zeigte sich, daß der Roggen inzwischen auf fast 16 000 000 Mk. gestiegen war, so daß in diesem Falle die Arbeitgeber leichtes Spiel hatten und in der Verhandlung am Freitag glattweg ablehnten, das bisher festgelegte Roggenquantum heraufzusetzen, und es war trotz vierstündiger Verhandlung auch nicht möglich, sie von ihrem Standpunkt abzubringen. Nachdem dann die Vertreter der Arbeitnehmer erklärten, daß sie die Verhandlungen als gescheitert betrachteten, bequemten sich die Herren zu Zugeständnissen in anderer Form. Es fand dann eine Einigung auf folgender Grundlage statt:

Für die Berechnung der Löhne in der Landwirtschaft wird ab 1. September 1923 nicht mehr die Kieler, sondern die Hamburger Höchstnotierung, und zwar vom Mittwoch, für die Löhnung am Wochenschluß genommen, zuzüglich eines Aufschlages von 25 Proz. Der Preis ist den Tageszeitungen zu entnehmen. Für die letzte Lohnwoche im August gilt ein Preis von 14 000 000 Mk. je Zentner, so daß der nach 7 000 000 Mk. berechnete Lohn noch einmal zu zahlen ist. Arbeitnehmer, die am Monatsschluß entlohnt werden, erhalten ihren Lohn berechnet nach der Notierung 3 Tage vor dem Monatsschluß, mindestens jedoch, falls der Roggen fällt, nach dem Durchschnittspreis der Mittwochnotierungen, in beiden Fällen zuzüglich 25 Proz., für August nach 14 000 000 Mk. je Zentner. Diese Vereinbarungen gelten für alle in der Provinz laufenden Tarife, also auch für Fehmarn, Norder- und Süderdithmarschen, sowie für die Tierzuchtmeister, Schweizer und Haushalter.

Kritisches zur wertbeständigen Anleihe des Deutschen Reiches

Von Dr. Rudolf Sucken.

Zu verschiedenen Malen ist bereits die jetzt aufgelegte wertbeständige Anleihe unter allgemeinen Gesichtspunkten gewürdigt. Zweifellos ist sie ein überaus wichtiger Faktor in dem großen finanzwirtschaftlichen Gesundungsprogramm, das durchzuführen der gegenwärtige Reichsfinanzminister mit großer Energie bemüht ist. Auch die Vorteile für die Anleihezeichner — Werterhaltung der Vermögensteile, wertbeständige Verzinsung, steuerliche Erleichterung usw. — sind verschiedentlich empfehlend zur Geltung gebracht. Es kann jedoch nur förderlich sein, wenn das Objekt, in dem man seine Spargelder oder sonstige Teile des Vermögens anlegen soll, von den verschiedensten Gesichtspunkten aus beleuchtet wird, und deshalb mögen hier einige kritische Bemerkungen zu der Anleihe folgen.

Die Anleiheform der „wertbeständigen Anleihe" ist nicht vom Reichsfinanzministerium erfunden. Ganz im Gegenteil, es besteht der dringende Verdacht, daß Artikel, welche noch im Juni dieses Jahres in Zeitungen erschienen und sich ganz allgemein gegen die wertbeständigen Anleihen wandten, vom Reichsfinanzministerium inspiriert waren. Aber der gesunde Gedanke, der in den wertbeständigen Anleihen steckt, hat auch solche Widerstände überwunden. Verschiedene Länder und Gemeinden sowie private Institute sind dem Reich auf diesem wichtigen Finanzgebiet — wie auch auf den verschiedensten anderen Gebieten des Finanzwesens — bahnbrechend vorangegangen, und so handelt es sich heute bei der wertbeständigen Anleihe nicht mehr um einen Versuch, sondern um eine in längerer Praxis bewährte Anleiheform. Die Erfahrungen, die mit andern wertbeständigen Anleihen gemacht sind, dürfen grundlegend auch für die wertbeständige Anleihe des Reiches herangezogen werden.

Im allgemeinen darf man wohl sagen, daß die bisherigen wertbeständigen Anleihen die Erwartungen der Anleihezeichner bezüglich Werterhaltung des Vermögens erfüllt haben. Ganz besonders die auf Gold (Dollar usw.) und Roggen lautenden Anleihen haben sich im allgemeinen ihren Kurswert nach dem Preis des Dollars bezw. Roggens gegenüber nicht nur voll und ganz gehalten, sondern sie haben diesen Preis wochenlang überschritten. Mit den Kohlenanleihen steht es etwas anders; der Kurswert der Anleihen stand wochenlang und steht auch jetzt erheblich unter dem Preis der Menge Kohlen oder Koks, auf welche die Anleihestücke lauten; aber dem ist entgegenzuhalten, daß die Kohlenanleihen zunächst einmal großenteils zu erheblich niedrigeren als den derzeit geltenden Kohlenpreisen herausgegeben sind, und daß die gegenwärtigen Kohlenpreise gegenüber den Preisen anderer Produkte infolge der Ruhrbesetzung besonders hoch sind. Trotzdem der volle Kohlenpreis nicht erreicht wird, übertrifft die Kurssteigerung dieser Anleihen größtenteils die inzwischen vor sich gegangene Dollarsteigerung. Zusammenfassend darf man daher wohl sagen, daß die wertbeständigen Anleihen sich als ein geeignetes Instrument zur Werterhaltung des Vermögens erwiesen haben.

Eine besondere Kritik muß an den Sicherheiten für die Verzinsung und Rückzahlung der Anleihe geübt werden. Die vom Verfasser dieser Zeilen aufgestellte und seitdem ziemlich allgemein anerkannte Forderung, daß nur der wertbeständige Anleihen herausgeben soll, der zu ihrer Verzinsung und Rückzahlung über wertbeständige Einnahmen verfügt, ist nur zum Teil verwirklicht. Zur besonderen Sicherung ermächtigt der betr. Gesetzentwurf die Reichsregierung, die einzelnen Vermögenssteuerpflichtigen zur Aufbringung des Kapitalbedarfs heranzuziehen; die bisherigen deutschen Vermögenssteuern sind aber keine wertbeständigen Einnahmen. Man wird sie erst als wertbeständige Einnahmen aussprechen können, wenn die Bewertung der Steuerzahlung nach dem Geldwert des Zahlungstermins erfolgt; dies ist noch nicht verwirklicht, aber man darf wohl annehmen, daß dieser Mangel nur als Ueberbleibsel aus der unglücklichen Finanzära des Herrn Hermes anzusehen ist, sodaß dann gegen die Sicherheiten der Anleihe grundsätzlich nichts mehr einzuwenden ist.

Die Verzinsung ist für den Anleihezeichner überaus günstig. Sie ist so günstig, daß man die Höhe der Verzinsung von andern Gesichtspunkten aus bedauern muß. Während bei wertbeständigen Anleihen bisher 5prozentige Verzinsung das normale war, soweit nicht Einzahlung in Devisen gefordert wird, gibt die Reichsanleihe 6 Proz. und es ist zu befürchten, daß unter diesem Einfluß die 6prozentige Verzinsung normal wird, eine schwere Belastung für die Städte und Länder, welche in Zukunft wertbeständige Anleihen herausgeben. Auch unter anderm Gesichtspunkt ist die Verzinsung für den Anleihebezeichner sehr günstig; es ist dies eine bisher bei den wertbeständigen Anleihen zu wenig beachtete Sonderheit. Viele wertbeständige Anleihen bemessen den Durchschnittspreis für Roggen, Kohle usw., der der Zinszahlung zugrunde gelegt wird, nach einem Durchschnitt von mehreren Monaten, und es werden dann die Preise, welche vor 6 oder 12 Monaten zur Zeit eines viel höheren Geldwertes galten, bei der Bildung des Durchschnittspreises mit berücksichtigt, entsprechen die ausbezahlten Zinsen dann nicht der inzwischen eingetretenen Geldentwertung, und das bedeutet natürlich eine Enttäuschung für viele Anleihezeichner. Bei der Reichsanleihe ist dieser Nachteil ziemlich ausgeglichen, da der Durchschnittspreis auf Grund einer einmonatlichen Frist kurz vor der Zinszahlung errechnet wird.

Bezüglich des Zeichnungspreises folgt das Reich dem Vorbild der Goldanleihe der Rhein-Main-Donau-A.-G., nämlich Bemessung nach dem Dollarstand des Tages vor der Zeichnung. In der Zeit der Devisenhausse können die Anleihezeichner hierbei vielfach die niedrigeren Dollarkurse des Vortages ausnutzen. Gezeichnete Beträge müssen sofort gezahlt werden und gelten dann als voll zugeteilt, solange die Zeichnung nicht geschlossen ist.

Zweifellos ist die neue Reichsanleihe, die als Kampfmittel gegen die wirtschaftliche Zerrüttung geschaffen ist, so gestaltet, daß Enttäuschungen, wie bei der Kriegsanleihe, nicht befürchtet werden brauchen. Für denjenigen, der Vermögensteile werterhaltend anlegen will, ist sie ein gutes Objekt. Es ist darum zu hoffen, daß die Anleihe auch in gegenwärtiger Zeit trotz der ausgeprägten Kapitalknappheit einen vollen Erfolg erzielt.

Gewerkschaften.

Löhne und Preise.

In der Rede, die der Reichswirtschaftsminister im Wirtschaftspolitischen Ausschuß des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates gehalten hat, sagte er u. a. folgendes:

Wieviel Lohn steckt im Kilo Ware? Das ist der einzige Maßstab, der außerhalb der Grenze bei der Ausfuhr zur Wirkung kommt, und das sind auch die Grenzen der Möglichkeit der Lohnzahlung. Prüfen Sie die Arbeitsleistung in Deutschland, so haben die Akkordarbeitsleistungen ungefähr die Friedenshöhe wieder erreicht. In Betrieben, wo mechanische Verbesserungen vorgenommen worden sind, geht der Arbeitseffekt auch über den des Friedens hinaus. Bei dem Zeitlohn aber finden wir in normalen Betriebszweigen durchschnittlich nur 50 v. H. der Friedensleistung.

Diese letztere Behauptung steht mit den Tatsachen in Widerspruch und ist sehr leicht zu widerlegen. Daß ein Rückgang der Arbeitsleistung in verschiedenen Berufen eingetreten ist, mag unbestritten sein. Die Frage ist nur, wodurch dieser Rückgang verschuldet ist. Er ist zurückzuführen in erster Linie auf die mangelhafte Ernährung wie überhaupt auf die herabgedrückte Lebenshaltung des Arbeiters, in zweiter Linie auf die Mängel in der Betriebsführung selbst. Sowohl die technischen Einrichtungen wie das zu verarbeitende Rohmaterial sind heute vielfach minderwertig. Das sind wohl nicht die einzigen, aber die Hauptursachen des Rückgangs der Arbeitsleistung, auf die Genosse Wissell in seiner Antwort auf die Rede des Ministers hingewiesen hat.

Aber der erste oben zitierte Satz, wonach der Anteil des Lohnes bei der Ware ausschlaggebend für die Schätzung ist, trifft unbedingt zu. Eine Untersuchung über diesen Punkt, wie weit der Anteil des Lohnes am Preis der Ware im Verhältnis der Vorkriegszeit gesunken oder gestiegen ist, wird ohne weiteres den schlüssigen Beweis erbringen, daß es nicht die Löhne sind, die die Ueberteuerung der Preise verursacht haben. Wir haben hier wiederholt Vergleiche über den Anteil des Lohnes am Preise der Waren veröffentlicht, die ausnahmsweise aufzeigten, daß der Anteil des Lohnes am Preis der Ware in ganz außerordentlicher Weise zurückgegangen ist.

Dieser Rückgang des Lohnanteils ist die wesentliche Ursache der Absatzkrise. Die Masse der Lohn- und Gehaltsempfänger ist nicht mehr kaufkräftig genug, um die von ihnen erzeugten Waren zu kaufen. Vom Auslandsmarkt sind sie in noch höherem Maße als Käufer ausgeschlossen. Und da wir nichts vom Ausland kaufen können, kann das Ausland auch von uns nichts kaufen. Denn jeder Handel, auch der Außenhandel, ist im Grunde nichts anderes als ein Tauschgeschäft. Aus unserer Wirtschaftsmisere kommen wir nur heraus, wenn wir die überstiegenen Profite, besonders der Schwerindustrie, abbauen. Die Voraussetzung dazu ist allerdings die Schaffung einer festen Währung, die den deutschen Verbraucher nicht mehr, wie das heute der Fall ist, mit gebundenen Händen den deutschen Warenbesitzern ausliefert.

Vermischtes.

Hundezofe gesucht. Das französische Nordseebad Deauville ist gegenwärtig das Stelldichein der internationalen Schieberaristokratie und Wucherer-Elite. Die neuen und alten Ritter vom Geldbeutel verpulvern hier mit ihren Weibern die mühselig ererbten oder ergaunerten Milliarden. Von der dort herrschenden „Kultur" geben folgende Einzelheiten ein erbauliches Bild: Die jungen Damen pflegen nach eingenommenem Bad mit ihren raffinierten Badekostümen, die sich dank der Nässe dem Körper noch fester anschmiegen und seine Formen plastischer hervortreten lassen, in den eleganten Restaurants zu sitzen. Um keine Zeit zu verlieren, lassen sie sich dabei in voller Oeffentlichkeit maniküren, worauf sie sich in ihre Gemächer zurückziehen, wo sie von Masseuren und „Professoren der Schönheitskunst" für die abendliche Lustbarkeit instandgesetzt werden. Zu dieser Lustbarkeit gehört natürlich in erster Reihe auch die Betätigung in den Spielsälen, wo in diesem Jahre Umsätze von einer Höhe erzielt werden, wie man sie nie zuvor erlebt hat. Für den Geist, der diese Gesellschaft beseelt, ist eine Ankündigung charakteristisch, die dieser Tage durch Maueranschläge und Inserate in der Lokalpresse verbreitet wurde. Die Herzogin Armstrong suchte hier eine Zofe für ihre Hunde. Die steinreiche argentinische Dame ist in der Tat mit nicht weniger als 30 Hunden in Deauville eingezogen und hat mit ihrer vierfüßigen Gesellschaft im vornehmen Hotel Royal Wohnung bezogen. Die Hunde bewohnen fünf der schönsten Zimmer des Hotels und werden von drei Zofen gepflegt und bedient. Da eine dieser Zofen des Hundedienstes müde geworden war, so war die Herzogin genötigt, sie in aller Eile zu ersetzen. Wenn die 30 Hunde ihr Bad nehmen, so hat jedre seine eigene Kabine. Eine Gesellschaftsordnung, deren Kultur derartige Blüten zeitigt, ist zum Untergange überreif.

Wiederaufbau in Belgien. Der „Manchester Guardian" ist in der Lage, einige interessante Einblicke in den Wiederaufbau der zerstörten belgischen Gebiete zu geben. Danach sind jene heißumstrittenen Trümmerhaufen, die blutgetränkten Böden, die die Namen Ypern, Passchendaele, Messines usw. tragen, wieder zu menschlichen Behausungen geworden. Von 100 000 zerstörten Häusern sind 75 000 wiederhergestellt und 685 Millionen Franken dabei verausgabt worden. Die Dörfer zeigen eine Rückkehr zu den Einwohnerzahlen vor dem Krieg, oder wenigstens zu einem hohen Prozentsatz. In Menin z. B. fehlen nur wenige Mann an seiner Friedenszahl von 18 000 Einwohnern, Ypern hat jetzt etwa 12 000 gegen 19 000, Nieuport hat 606 Häuser von 951 wieder aufgebaut, Messines hat alle aufgebaut, doch ist seine Einwohnerschaft nun etwas geringer als früher. Einige der neuen Häuser, besonders die von Kalfraart und Ligy an den Straßen von Dixmuide und Menin sind bedeutend besser als die gewöhnlichen Arbeiterhäuser. Jedes Haus hat einen großen Wohnraum, vier Schlafzimmer, Boden, Keller, Waschküche, ein Reservoir von verstärktem Zement und ventilierte Mauern von doppelter Stärke.

Sport.

Schiedsrichter-Vereinigung! Donnerstag abend 8 Uhr findet im Arbeiter-Sportheim, Hundestraße 41, eine Schiedsrichter-Sitzung statt. Wegen der wichtigen Tagesordnung müssen alle erscheinen. Von denen ich noch keine Paßbilder habe, müssen diese Donnerstag mitbringen. Ihr wißt, die Serie ist angefangen und ohne Paß darf keiner Schiedsrichter sein. A.T.V. Kücknitz, wo bleibt Eure Meldung? Also Donnerstag. Fr. Saueracker, Obmann. (6096

Briefkasten.

Anonyme Einsender. Sie müssen sich vor allem an Ihre Organisation wenden. Ohne Namensnennung würde Ihre Beschwerde sowieso nicht aufgenommen.

Fische:

Auktions- oder Großhandelspreis am 1. 9. 23

6091) für ℔ in 1000 Mark:

		in Lübeck	Kiel	Hamburg
Goldbutt (Schollen)	I	900*)	1705	2775
„	II	800	1300	2450
„	III	600	900	2200
Makrelen		500	—	1900—2080
Dorsch	I	300	700	—
„	II	220	500	—
Aal	I	1800—2000	2580	—
„	II	1000	1900	1200
„	III	500	1000	800
Heringe	I	500	1100	815—1010
„	II	—	700	—

*) In Lübeck am 1. 9. keine Buttzufuhr Preis vom 31. 8. 23

Mitgeteilt von: Lübecker Fischer-Genossenschaft, e. G. m. b. H.

6082

Dixin Henkel's Seifenpulver

das Seifenpulver für jedes Waschverfahren. Größte Ergiebigkeit!